

Senatsverwaltung für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
- IV B -
Tel.: 9026 (926) - 6903

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Vorlage

- zur Kenntnisnahme -

über Umsetzung der Hochschulverträge: Leistungsberichte der Berliner Hochschulen
zum Jahr 2006 einschließlich Mittelbemessung (ohne Medizin)

Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung legt nachstehende
Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

In den Hochschulverträgen haben sich die Hochschulen verpflichtet, dem Senator für
Bildung, Wissenschaft und Forschung jeweils zum 30. April des Jahres einen Bericht
über ihre Leistungen im zurückliegenden Jahr vorzulegen. Die Leistungsberichte sind
dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis zu geben.

Diese Berichte sind vollständig bis Mitte Mai 2007 vorgelegt worden. Sie werden dem
Abgeordnetenhaus hiermit zur Kenntnis gegeben. Den hochschulpolitischen
Sprechern der Fraktionen geht gesondert je ein Satz der Berichte zu. Eine
zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Ergebnisse ist beigefügt.

Berlin, den 16. Juli 2007

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung

**Leistungsberichte der
Berliner Hochschulen zum Jahr 2006
einschließlich Mittelbemessung
(ohne Medizin)**

Zusammenfassende Auswertung

Die zusammenfassende Auswertung der Berichte der Vertragshochschulen betrifft folgende Bereiche:

1. Finanzstatus, Haushaltsrisiken, Personalentwicklung, Personalüberhang	2
2. Fachhochschulstrukturfonds.....	6
3. Künstlerische Hochschulen	7
4. Verbesserung der Wirtschaftlichkeit	9
5. Strukturplanung	10
6. Public Health	11
7. Grundarchitektur der Fortschreibung von Studienplätzen.....	14
8. Vernetzung in der Lehrerbildung innerhalb und zwischen den Hochschulen.....	19
9. Lehre	20
10. Forschung.....	26
11. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	31
12. Wissens- und Technologietransfer/Existenzgründungen.....	32
13. Erfüllung des Gleichstellungsauftrages.....	35
14. Internationale Beziehungen / Internationalisierung der Hochschulen	38
15. Leistungen der Hochschulen im Blick von außen	42
16. Ergebnisse der Hochschulen im Rahmen der leistungsbezogenen Mittelbemessung.....	44
17. Bewertung der Leistungen durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wis- senschaft und Forschung.....	51

Vorbemerkung

Die Leistungsberichte der Hochschulen beruhen auf den Daten des Jahres 2006 und geben damit eine zeitnahe Berichterstattung.

1. Finanzstatus, Haushaltsrisiken, Personalentwicklung, Personalüberhang

Die Universitäten, Fachhochschulen und Künstlerischen Hochschulen erhalten mit den Hochschulverträgen für die Haushaltsjahre 2006 bis 2009 wiederum Haushalts- und Planungssicherheit für einen mittelfristigen Zeitraum. Alle Hochschulen haben das Haushaltsjahr 2006 mit einem ausgeglichenen Haushalt abgeschlossen. Die Universitäten haben damit die erste Rate der Absenkung der konsumtiven Globalzuschüsse im Umfang von insgesamt 75 Mio € im Zeitraum 2006 bis 2009 haushaltsmäßig realisiert und darüber hinaus auch die Grundlagen für die Realisierung der Zuschussabsenkungen in den Jahren 2007 bis 2009 geschaffen. Aufgrund des hohen Anteils der Personalausgaben am konsumtiven Landeszuschuss kommt der Etablierung der neuen Soll-Stellenpläne hierbei besondere Bedeutung zu. Sie bilden die entscheidende Grundlage für einen ausgeglichenen Haushalt in den kommenden Jahren.

Die nachfolgende Tabelle für die drei Universitäten enthält die Daten zu den neuen Soll-Stellenplänen, zum Besetzungsstand und zur Anzahl der Beschäftigten insgesamt.

Umsetzung Strukturplan 2006*		Wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)				Nichtwissen- schaftliches Personal	
		gesamt	(Struktur- plan = 100%)	davon Professoren (ohne Juniorprofs)	(Struktur- plan = 100%)	gesamt	(Struktur- plan = 100%)
Unis	Stellen lt. Strukturplan	3.411	100%	938	100%	4.098	100%
	strukturplanmäßig besetzte Stellen	2.930	86%	790	84%	3.862	94%
	Beschäftigte in 2006	3.615	106%	959	102%	4.839	118%
FU	Stellen lt. Strukturplan	1.203	100%	341	100%	1.501	100%
	strukturplanmäßig besetzte Stellen	1.100	91%	280	82%	1.475	98%
	Beschäftigte in 2006	1.277	106%	348	102%	1.835	122%
HU	Stellen lt. Strukturplan**	1.118	100%	321	100%	1.238	100%
	strukturplanmäßig besetzte Stellen	867	78%	288	90%	1.102	89%
	Beschäftigte in 2006	1.154	103%	317	99%	1.430	116%
TU	Stellen lt. Strukturplan	1.090	100%	276	100%	1.359	100%
	strukturplanmäßig besetzte Stellen	963	88%	222	80%	1.285	95%
	Beschäftigte in 2006	1.184	109%	294	107%	1.574	116%

* Angaben für 2006 z.T. vorläufig, Rundungsdifferenzen möglich

Der Anteil der besetzten Stellen des Soll-Stellenplans beträgt an den drei Universitäten zusammen beim wissenschaftlichen Personal gesamt 86 % (Vorjahr 78 %), bei den Professuren 84 % (Vorjahr 81 %) und beim nichtwissenschaftlichen Personal 94 % (Vorjahr 93 %). Folge der Stellenkürzungen ist jedoch auch, dass die Anzahl der Beschäftigten (einschließlich Überhang) wesentlich höher über der Anzahl der Soll-Stellen liegt als im Vorjahresbericht. Die Anzahl der Beschäftigten bei den drei Universitäten beträgt beim wissenschaftlichen Personal gesamt 106 % der Soll-Stellen (Vorjahr 92 %), bei den Professuren 102 % (Vorjahr 91 %) und beim nichtwissenschaftlichen Personal 118 % (Vorjahr 108 %). Das macht zugleich deutlich, dass die haushaltmäßige Belastung durch die Ausgaben für den Personalüberhang wieder angestiegen ist. Um die Personalüberhänge zu finanzieren, ist trotz reduzierter Soll-Stellenanzahl weiterhin eine restriktive Besetzung der Soll-Stellen erforderlich. Dabei setzt sich fort, dass Stellen für wissenschaftliches Personal nicht planmäßig besetzt

werden können, weil die Personalmittel für die Finanzierung des Personalüberhangs im Bereich des nichtwissenschaftlichen Personals benötigt werden.

Während an den Fachhochschulen und den künstlerischen Hochschulen zusammen der Personalüberhang nur rund sechs Stellen beträgt, ist der Personalüberhang an den Universitäten in Folge der jährlich fortzuschreibenden Soll-Stellenpläne stark angestiegen. Gemäß Haushaltsplan 2007 weisen die Universitäten für den Personalüberhang insgesamt rund 1.200 Stellen aus (Freie Universität 475, Humboldt-Universität 400, Technische Universität 325). Die Universitäten unternehmen große Anstrengungen zum Abbau ihres Personalüberhangs, wie z.B. Qualifizierungsmaßnahmen, Umsetzung auf Soll-Stellen, Anpassungen der Prämienregelungen für vorzeitiges Ausscheiden und die Budgetierung der Personalausgaben. Sie weisen darauf hin, dass insbesondere im Bereich des wissenschaftlichen Personals eine Vermittlung in andere Aufgaben oder Einrichtungen äußerst schwierig sei. Ferner könne ein Teil der Beschäftigten des Personalüberhangs von vornherein nicht auf der Personalmanagementliste geführt werden, weil deren Weiterbeschäftigung zur Sicherung der Lehre oder der Ausstattung von Professoren des Personalüberhangs erforderlich sei.

An der Freien Universität hat sich der Personalüberhang im Berichtszeitraum um 22 Beschäftigte reduziert. Davon konnten acht Beschäftigte auf den Soll-Stellenplan umgesetzt werden. An der Technischen Universität verringerte sich der Personalüberhang um 68 Beschäftigte. Hiervon wurden 21 Beschäftigte auf den Soll-Stellenplan umgesetzt und 32 Beschäftigte schieden mit der Prämienregelung vorzeitig aus dem Beschäftigungsverhältnis aus. Die Humboldt-Universität berichtet über einen Abbau von 153 Überhangpositionen seit dem Inkrafttreten des neuen Soll-Stellenplans mit dem Haushaltsplan 2005. Der Personalüberhang an der Universität der Künste wurde von 46 auf 40 Beschäftigte reduziert.

Mit den Hochschulverträgen 2006 bis 2009 haben sich die Hochschulen verpflichtet, Einstellungen für sonstige Mitarbeiter ausschließlich aus der gemeinsamen Personalmanagementliste oder mit Mitarbeitern der Berliner Hochschulen vorzunehmen und für unabdingbare Ausnahmen eine Obergrenze von 50 % der Einstellungen pro Jahr einzuhalten. Trotz großer Bemühungen der Hochschulen, hat sich nicht in allen

Fällen die Einhaltung dieser vertraglichen Verpflichtung realisieren lassen, da Personal mit der erforderlichen Qualifikation nicht vorhanden gewesen sei. Die Hochschulen werden jedoch weiterhin um die Realisierung der vertraglichen Verpflichtung bemüht sein.

Die Personalentwicklung der Hochschulen seit dem Jahr 2000 ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Beschäftigtenzahlen an den Universitäten und an den künstlerischen Hochschulen sind im Berichtsjahr weiter zurückgegangen. Die Beschäftigtenzahlen an den Fachhochschulen sind wiederum angestiegen.

Entwicklung des beschäftigten Hochschulpersonals (in BVZÄ)*		Wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)				Nichtwissenschaftliches Personal	
		gesamt	(2000 = 100%)	davon Professoren (ohne Juniorprofs)	(2000 = 100%)	gesamt	(2000 = 100%)
Unis	2006*	3.615	89%	959	84%	4.839	86%
	2005	3.720	91%	967	85%	5.005	89%
	2004	3.796	93%	1.003	88%	5.140	91%
	2003	3.903	96%	1.035	91%	5.326	94%
	2002	3.938	96%	1.088	95%	5.443	96%
	2001	3.951	97%	1.101	96%	5.557	98%
	2000	4.082	100%	1.142	100%	5.647	100%
FHS**	2006*	705	110%	653	115%	784	116%
	2005	709	111%	651	115%	750	111%
	2004	718	112%	658	116%	736	109%
	2003	673	106%	607	107%	705	104%
	2002	674	106%	600	106%	718	106%
	2001	631	99%	562	99%	670	99%
	2000	638	100%	568	100%	676	100%
KHS	2006*	449	83%	260	82%	344	93%
	2005	476	88%	280	88%	342	93%
	2004	479	89%	281	88%	339	92%
	2003	492	91%	282	88%	339	92%
	2002	508	94%	296	93%	335	91%
	2001	501	93%	305	96%	348	94%
	2000	540	100%	319	100%	369	100%

* Beschäftigtenvollzeitäquivalenten, Angaben für 2006 z.T. vorläufig

** Einbezug BA ab 2004 und FHVR mit Werten ab 2002 im Berichtssystem berücksichtigt.

An den Universitäten ist auch der Bereich der Sachausgaben von den Zuschussabsenkungen betroffen. Generell sind die Hochschulen jedoch bemüht, den Anteil der Sachausgaben an den konsumtiven Ausgaben nicht weiter zu verringern bzw. diesen wieder schrittweise zu erhöhen. So hat z.B. die Humboldt-Universität den Anteil der Sachausgabe am konsumtiven Landeszuschuss von 24,4 % im Vorjahr auf 27,9 % im Berichtsjahr erhöht. Trotzdem sei es nicht möglich, die Probleme in der Bauunterhaltung und in der Literaturbeschaffung zu entschärfen. Die Freie Universität weist darauf hin, dass die auferlegten Kürzungen keinen Spielraum für die Anpassung der Haushaltsansätze an die allgemeine Kostenentwicklung zulassen. Die Haushaltsansätze der Fachbereiche für konsumtive Verbrauchsmittel wurden wiederum um ein Prozent gekürzt. Dennoch hoffe man, die sächliche Ausstattung der Professuren aufgrund einer verbesserten Relation zwischen Sach- und Personalausgaben verbessern zu können. Die Technische Universität weist auf ihre anhaltenden Bemühungen zur Flächenentmietung und Flächenverdichtung als wesentliches Mittel zur Reduzierung ihrer Sachausgaben hin.

Haushaltsrisiken sehen die Hochschulen vor allem in unkalkulierbaren Auswirkungen der Umsatzsteuererhöhung, Preiserhöhungen im Energiebereich, bei Besoldungsanpassungen und bei möglichen Sanierungsbeiträgen zur VBL. Für die Universitäten ist der Abbau des Personalüberhangs für die künftige Haushaltssituation von wesentlicher Bedeutung. Es zeichnet sich bereits ab, dass auch über das Jahr 2009 hinaus Personalüberhänge vorhanden sein werden. Die Freie Universität weist im Hinblick auf mehr als 100 Berufungen im Zeitraum 2006 bis 2009 auf ein strukturelles Defizit im investiven Bereich hin.

2. Fachhochschulstrukturfonds

Im Jahr 2006 ist die Förderung der Studiengänge der ersten beiden Vergaberunden erfolgreich fortgesetzt worden. Einzelheiten zum Stand der Durchführung, zu den Zielen sowie den mit den Fachhochschulen verabredeten Eckpunkten wurden im Leistungsbericht 2005 (Drucksache 15/5423) vom 18. Juli 2006 (mit Verweis auf den dem Wissenschaftsausschuss am 15. März 2006 übersandten Bericht zum Stand und zur weiteren Vorgehensweise des Fachhochschulstrukturfonds) dargelegt. So ist

im Jahr 2006 insbesondere die Reduzierung des bisherigen Mittelbedarfs der ersten beiden Vergaberunden um grundsätzlich 10 % für die Zukunft und damit die finanztechnische Konsolidierung des Fonds erfolgt.

Ab 2008 verfügt der Fonds wieder über ansteigende Liquidität, was den Weg für die dritte Vergaberunde ab 2009/2010 ebnet.

Förderung von FHS-Studiengängen im Rahmen des FHS-Strukturfonds (FHS-SF)	Expertenkommission			Umsetzungsstand der Empfehlungen			Aufnahmekapazität (BA + MA)	Stand der Akkreditierung
	Zahl der Anträge*	Empfehlungen		Maßnahmen	davon			
		positiv	negativ		Studiengänge*	sonst. Maßn.**		
erste Vergaberunde (Gutachten: März 2003)	18	16	2	19	16	3	823	bereits erfolgt bzw.in der Schlussphase des Verfahrens
zweite Vergaberunde (Gutachten: August 2004)	25	21	4	9	9	-	305	bereits erfolgt bzw.in der Schlussphase des Verfahrens
GESAMT	43	37	6	28	25	3	rd. 1.100 (1.128)	bereits erfolgt bzw.in der Schlussphase des Verfahrens

* Facility Management B und M zählen jeweils als gemeinsamer Studiengang der FHTW/TFH

** Sicherung Kapazität der FHVR und BA sowie Sicherung Stellen des Qualitätsmanagements für alle FHS zentral an der TFH

3. Künstlerische Hochschulen

Die künstlerischen Hochschulen berichten über die Gründung von hochschulübergreifenden Zentren.

Die Planungen für das hochschulübergreifende Zentrum Weiterbildung waren in 2006 soweit fortgeschritten, dass die Gründung zum 1. April 2007 erfolgen konnte. Es wurde als ein Zentralinstitut für Weiterbildung an der Universität der Künste errichtet. Die drei kleinen künstlerischen Hochschulen sind mit beratender Stimme im Institutsrat vertreten. Zunächst sollen schrittweise die Weiterbildungsangebote der Uni-

versität der Künste in diesem Institut gebündelt und darüber hinaus alle bestehenden Weiterbildungsangebote der künstlerischen Hochschulen vermarktet werden.

Das hochschulübergreifende Zentrum Tanz Berlin ist seit Juli 2006 neue Ausbildungsstätte für zeitgenössischen Tanz und Choreographie. Es beteiligen sich die Universität der Künste, die Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ und das Netzwerk TanzRaumBerlin GmbH, eine Dachorganisation von Einrichtungen des zeitgenössischen Tanzes in Berlin. Ein Bachelor-Studiengang „Zeitgenössischer Tanz, Kontext, Choreographie“ ist zum Sommersemester 2007 eingerichtet worden; ein Masterstudiengang wird zum Wintersemester 2007/2008 beginnen. Die bis Anfang 2010 dauernde vierjährige Projektphase wird durch die Kulturstiftung des Bundes mit ca. 1 Mio. € gefördert. Perspektivisch soll das Tanzzentrum zu einem internationalen Zentrum für Ausbildung und künstlerische Forschung im Bereich des zeitgenössischen Tanzes ausgebaut werden.

Darüber hinaus kooperiert die Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" mit der Staatlichen Ballett-Schule Berlin und bietet seit dem Wintersemester 2006/2007 einen Bachelorstudiengang „Bühnentanz“ an. Studierende sind Schüler und Schülerinnen der Staatlichen Ballett-Schule, die neben ihrer schulischen Ausbildung in der Sekundarstufe II der Staatlichen Ballett-Schule an der Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" ein dreijähriges Bachelorstudium absolvieren. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" und dem Land Berlin wurde am 16.06.2006 unterzeichnet.

Die Überlegungen zum hochschulübergreifenden Zentrum Gesang/Musiktheater sind im Berichtszeitraum fortgesetzt worden, haben aber noch zu keinen abschließenden Ergebnissen geführt.

Neben den bestehenden Kooperationen zwischen den künstlerischen Hochschulen pflegen die Hochschulen auch intensive Kontakte bis hin zu vertraglich vereinbarten Kooperationen mit kulturellen Einrichtungen innerhalb und außerhalb Berlins. Beispielhaft erwähnt seien hier die drei Opernhäuser, die Stiftung der Berliner Philharmoniker, das Konzerthausorchester, die Brandenburger Sinfoniker sowie im Theaterbereich das Deutsche Theater, die Schaubühne und das Maxim-Gorki-Theater.

4. Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Durch die Reduzierung der Zuschüsse ist die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit zum leitenden Handlungsziel der Hochschulen in der Wirtschaftsführung geworden. An den meisten Hochschulen wurden die Software-Voraussetzungen verbessert, um die gewünschten Datenerhebungen und -verarbeitungen tatsächlich durchführen zu können. Daneben haben die Steuerung der Hochschulen durch neue Leitungsmodelle, die Beteiligung am Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich (AKL) oder die Akkreditierung von Studiengängen inzwischen weitgehend Routinecharakter in dem Sinne, dass sich die einzelnen Monitoringfunktionen wie Benchmarking oder Evaluierungen zu einem integrierten Steuerungssystem verdichten.

Hinsichtlich der Unterpunkte

- Transparenz der Leistungen und Kosten,
- Beteiligung an Ausstattungsvergleichen und Erhebung von Grunddaten,
- der flexiblen Gestaltung der Haushaltswirtschaft
- bedarfsgerechten Bereitstellung von Mitteln zur Forschungsförderung und zur Akkreditierung
- der leistungsbezogenen Budgetierung
- sowie der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung

kann die Erfüllung der hochschulvertraglichen Verpflichtungen festgestellt werden. Wie im Bericht des Vorjahres zugesagt, hat z.B. die Freie Universität erstmals mit dem Haushalt für 2007 die Vertiefung der Kosten- und Leistungsrechnung durch die Einführung einer Kostenträgerrechnung auf Produktbasis für fünf Pilotbereiche erreicht. Die Technische Universität hat sich dagegen in 2006 nunmehr auch eine neue Grundordnung gegeben und ihre Verwaltungsstrukturen umfänglich reformiert.

Ein zentraler Berichtspunkt der Universitäten sind die Darlegungen zum Facility Management. Das Ergebnis sehr aufwändiger Untersuchungen und konzeptioneller Überlegungen war im Januar 2006 erstmals den für Wissenschaft und Finanzen zuständigen Senatsverwaltungen sowie externen Gutachtern vorgestellt worden. Hin-

sichtlich der zweckgemäßen Organisationsform konnte jedoch zunächst noch kein Konsens erzielt werden.

Weiter kann für die kleinen künstlerischen Hochschulen berichtet werden, dass im Jahr 2006 der Vorschlag von HIS realisiert wurde, die Hochschulverwaltungen durch die Einrichtung von drei gemeinsamen Service-Einheiten für Personal, Haushalt und Informationstechnik neu zu ordnen. Alle drei Hochschulen sehen darin die Grundlage, von einem partiellen Probetrieb in eine zuverlässige Kosten- und Leistungsrechnung zu wechseln.

5. Strukturplanung

Die Universitäten waren im Berichtszeitraum weiterhin mit der Umsetzung und Konkretisierung ihrer Strukturplanungen befasst. Die Freie Universität berichtet in diesem Zusammenhang, dass eine Nachjustierung bei der Zahl der Professuren durch zusätzliche Professuren für Didaktik der Physik, Didaktik der Chemie und Medienmanagement erforderlich war. Die Technische Universität hat zur Fortschreibung der Strukturplanung die Fakultäten aufgefordert, spezifische Entwicklungspläne zu erarbeiten; diese liegen aber noch nicht vor.

Die Freie Universität legt die vertiefte Zusammenarbeit mit fachlich korrespondierenden Einrichtungen der außeruniversitären Forschung dar, indem sie als Indikator die Leit- und Verbundprojekte des BMBF nennt. Die Humboldt-Universität und die Technische Universität nennen zu diesem Zweck die mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen durchgeführten gemeinsamen Berufungen und Kooperationsverträge. Insbesondere die Technische Universität erläutert ihr Engagement im Rahmen regionaler Netzwerke durch ihre maßgebliche Beteiligung an den Interdisziplinären Forschungsverbänden des Landes Berlin sowie an weiteren Verbänden, die den Forschungsschwerpunkten im Land Berlin entsprechen.

Auch die Fachhochschulen waren mit der weiteren Konkretisierung ihrer Strukturplanung befasst. Die Technische Fachhochschule berichtet, dass sie ihre Studiengänge vollständig auf die neue Studienstruktur umgestellt habe. Die Fachhochschule für

Technik und Wirtschaft nennt ebenfalls die Umstellung auf die neue Studienstruktur als zentrales Thema des vergangenen Jahres. Mit ihrer Master-School habe sie ein abgestimmtes Verfahren zur Etablierung von postgradualen und weiterbildenden Masterprogrammen eingeführt. Eine besondere Bedeutung sei der Standortkonzentration zugekommen, da der Fachbereich 5 den Campus Wilhelminenhof bezogen habe. Die Fachhochschule für Wirtschaft berichtet, dass die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge abgeschlossen sei. Sie nennt im Rahmen ihrer Strukturplanung das Ziel, zehn neue Bachelor- oder Masterstudiengänge bis 2010 einzurichten. Die Alice-Salomon-Fachhochschule verweist für den Fortgang der Strukturplanung auf den Fachhochschulstrukturfonds, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege darauf, dass im Berichtszeitraum eine Entscheidung über ihre Fusion mit einer anderen Fachhochschule noch nicht gefallen sei. Sie habe deshalb wie im vergangenen Jahr ihre bisherige Strukturplanung nur weiter konkretisieren können.

Die gegenseitige Unterrichtung über geplante Berufungen erfolgt zwischen den Fachhochschulen innerhalb der "Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten". Eine Beteiligung Externer an allen Berufungskommissionen wird nur von der Alice-Salomon-Fachhochschule angegeben. An der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft und der Technischen Fachhochschule ist dies noch nicht durchgängig realisiert, an der Fachhochschule für Wirtschaft befindet es sich in der Erprobungsphase.

Bei den künstlerischen Hochschulen haben sich im Jahr 2006 keine Veränderungen in der Strukturplanung ergeben. Die Universität der Künste und die Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" werden ihre Strukturpläne wegen des neueingerichteten Tanzentrums anpassen.

6. Public Health

Das Konzept für den Aufbau einer Berlin School of Public Health (BSPH) an der Charité – Universitätsmedizin Berlin wurde im Juli 2006 vorgelegt und in der Folgezeit weiterentwickelt. Danach wird die Umsetzung des Konzeptes in drei Realisierungsstufen erfolgen.

Erste Realisierungsstufe: Kernbereich

Einrichtung des von der TU an die Charité übertragenen Studiengangs "Master der Gesundheitswissenschaften / Public Health" (MPH) und "Master of Science in Epidemiology" (MSE) ab dem SS 2007 mit jeweils 60 ECTS-Punkten; Vorbereitung der Kooperationsvereinbarung mit der Johns Hopkins School of Public Health in Baltimore/USA (JHSPH).

Zweite Realisierungsstufe: Netzwerk nach innen

Zusammenführung mit anderen gesundheitswissenschaftlichen Studienangeboten der Charité, entsprechende Ausweitung der inhaltlichen Studienrichtungen, Erstellung eines gemeinsamen Grundstudiums für die dafür geeigneten Studiengänge, Modularisierung und flexibles Angebot im Schwerpunktstudium, Austausch von Modulen zwischen den Studiengängen.

Dritte Realisierungsstufe: Netzwerk nach außen

Kooperationsvertrag mit dem Robert Koch Institut und dem BFR; Kooperation mit Berliner Studiengängen (z.B. Freie Universität, verschiedene Fachhochschulen) und Berliner Gesundheitsschwerpunkten (z.B. Technische Universität, Gesundheit Berlin); Erwerb der Berechtigung zur Verleihung des „European Masters in Public Health“ und des „European Masters in Epidemiology“; Akkreditierung; Vertragsabschluss mit der JHSPH; schrittweiser Aufbau weiterer gesundheitswissenschaftlicher Masterstudiengänge in Kooperation mit den Centren der Charité.

Die BSPH wurde als dekanatsunmittelbares Zentrum der Charité mit eigenem Haushalt errichtet. Die Finanzierung der BSPH sieht entsprechend der Absprache vor, dass die Technische Universität bis zum Jahr 2013 insgesamt 1,8 Mio € aufbringt, davon für die Jahre 2006 bis 2009 je 350 T€ einschließlich der Finanzierung einer von der Technischen Universität abgeordneten Professur und für die Jahre 2010 bis 2013 die Finanzierung dieser Professur. Die Charité stellt eine Professur, eine Stelle wissenschaftlicher Mitarbeiter und Sachmittel zur Verfügung.

Die BSPH ist derzeit auf dem Gelände des ehemaligen US-Hospitals in Steglitz untergebracht.

Die Multidisziplinarität von Public Health erfordert die Einbindung eines breiten Spektrums von Fächern in die Lehre. Dazu konnten hochqualifizierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den Berliner Hochschulen, insbesondere aus der Charité und der Technischen Universität und aus außeruniversitären Einrichtungen gewonnen werden. Sie besitzen umfangreiche Lehrerfahrungen in Public Health und Epidemiologie und waren großteils bereits in der Lehre an den Studiengängen der Technischen Universität beteiligt.

Die BSPH hat die Organisation der Arbeitsgemeinschaft "gesundheitsstudiengaenge-berlin" übernommen. Mit Unterstützung durch den Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg wird eine Broschüre mit Kurzdarstellungen der Gesundheitsstudiengänge in deutscher und englischer Sprache erstellt.

Die Arbeit von "gesundheitsstudiengaenge-berlin" ist darauf ausgerichtet, die schon bestehende Vernetzung weiter auszubauen, eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und die einzelnen Studiengänge miteinander zu harmonisieren. Weiterhin ist die gegenseitige Anerkennung von Modulen geplant. Die unterschiedlichen Profile und Berufsfelder der Studiengänge werden transparent gemacht; durch Synergien zwischen den Studienangeboten soll ein flexibles Studieren ermöglicht werden. Derzeit kooperieren die Repräsentanten von 16 teils grundständigen, teils Weiterbildungsstudiengängen aus insgesamt sieben Hochschulen, Fachhochschulen und Instituten in der Arbeitsgemeinschaft.

7. Grundarchitektur der Fortschreibung von Studienplätzen

7.1. Entwicklung der Aufnahmekapazitäten an den Fachhochschulen bis zum Jahr 2009

Im Leistungsbericht zum Jahr 2005 (Seite 14 ff) wurde im Zusammenhang mit der Darstellung der Kapazitätsentwicklung der Universitäten darauf hingewiesen, dass ein vergleichbares Verfahren mit den Fachhochschulen und künstlerischen Hochschulen durchzuführen und im jetzt anstehenden Leistungsbericht zum Jahr 2006 darzustellen ist.

Für ein von allen Berliner Hochschulen gemeinsam getragenes Darstellungssystem spricht, dass die Länder mit der Aufhebung von Artikel 7 Abs. 6 des „Staatvertrages über die Vergabe von Studienplätzen“ eigene Kapazitätsfestsetzungsverfahren zur Studienplatzvergabe entwickeln müssen.

Die überregionale Diskussion in der Kultusministerkonferenz zur Weiterentwicklung des Kapazitätsrechts zeigt, dass fast alle Länder an einer Variante des Bandbreitenmodells festhalten. Die Länder geben insoweit Rahmenvorgaben, innerhalb derer die Hochschulen Gestaltungsfreiheit haben. Was die Festlegung der Zulassungszahlen angeht, wird jedoch auf die Systematik des bisherigen Kapazitätsrechts zurück gegriffen. Für den Bereich der Berliner Universitäten wurde im März 2006 ein Modell verabredet, welches dem Bandbreitenmodell mit Elementen der verbindlichen Vereinbarungen von Aufnahmekapazitäten entspricht. Die Eckpunkte dieses Modells sind analog für den Fachhochschulbereich übernommen worden. Die mit den Fachhochschulleitern auf dieser Basis geführten Gespräche über die Entwicklung der

Aufnahmekapazitäten bis zum Jahr 2009 nach Umstellung auf die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

Projektion der Aufnahmekapazität der Berliner Fachhochschulen bis zum Jahr 2009 unter Einbezug des Fachhochschulstrukturfonds - Grundannahme: Eingangszahl alte Studienstruktur = Eingangszahl neue Studienstruktur

Spalte	(1)	(2)	(3)	(4a)	(4b) = (4a)/(2)	
Projektion Aufnahmekapazität (1.FS)	IST 2000	Soll-Struktur 2009	Ziel 2009	Aufwuchs durch Fachhochschulstrukturfonds ⁴⁾		
	Diplom ¹⁾ - gem. Erg.vertrag 2001/2002 mod. HS-Strukturplan	Diplom umgerechnet in Bachelor/Master ²⁾	Bachelor/Master incl. FHS-Strukturfonds ³⁾	absolut	in % Basis: Soll-Struktur 2009	
TFH	1.780	Bachelor	1.840	2.080	240	13%
		Master	980	1.040	60	6%
FHTW	2.260	Bachelor	2.260	gemeinsamer Studiengang FHTW/TFH	40	
		Master	1.100	20	60	3%
FHW - FB Wirtschaftswissenschaft	475	Bachelor	475	700	225	47%
		Master	140	210	70	50%
FHW - FB Berufsakademie	510	Bachelor	510	570	193	38%
		Master	0	0	0	0%
ASFH	280	Bachelor	280	350	70	25%
		Master	104	104	0	0%
FHVR	400	Bachelor	520	520	40	8%
		Master	60	60	0	0%
Ev. FHS	270	Bachelor	270	270	30	11%
		Master	0	0	0	0%
KHSB	180	Bachelor	180	180	40	22%
		Master	60	60	20	33%
Summe FHS	6.155	Bachelor	6.335	6.990	938	15%
		Master	2.444	2.594	190	8%
		Ü-Quote B/M	39%	37%		

¹⁾ Basis: 85.000 Studienplätze an den Berliner Hochschulen, gem. Anlage 4 zum Hochschulvertrag 2006-2009, Stand Juni 2001.
²⁾ Basis: Soll-Struktur 2009. FHVR Aufwuchs von 400 Anfängerplätzen auf 520 Anfängerplätze durch Mehrleistungen in der Ausbildung für den Polizeivollzugsdienst ab Studienjahr 2006.
³⁾ Basis: Fachhochschulstrukturfonds I 2003-2005 = 2,5 Mio. € p.a. und Fachhochschulstrukturfonds II 2006-2009 = 1,7 Mio. € p.a. Umsetzung bis zum Jahr 2009 auf Planzahl Aufnahmekapazität = 1.128, davon 938 Bachelor und 190 Master.
⁴⁾ Von den 938 Bachelor-Anfängerplätzen aus dem Fachhochschulstrukturfonds sind 243 Bachelor- Plätze Bestandssicherung der Soll-Struktur 2009; davon 133 Berufsakademie, 40 FHVR, 30 Ev.FHS, 40 KHSB.

Die dargestellte Tabelle zeigt, dass sich die Situation der Fachhochschulen von der der Universitäten grundlegend unterscheidet. Ausgehend von den Basiszahlen der Hochschulverträge 2000/2001 (Spalte 1) und der jeweils fortgeschriebenen Strukturpläne (Spalte 2) findet ein deutlicher Aufwuchs der Aufnahmekapazitäten durch den Fachhochschulstrukturfonds um rund 940 Anfängerplätze (15 %) bei den Bachelorstudiengängen und 190 Anfängerplätze (8 %) bei den Masterstudiengängen statt (s. Spalten 3 und 4).

Notwendigkeiten zur Verbesserung der Betreuungsrelationen, die an den drei Universitäten quer über alle Fächer zu einer durchschnittlichen Absenkung der Aufnahmekapazität in den Bachelorstudiengängen um 8 % geführt haben, werden an den Fachhochschulen aufgrund der vergleichsweise höheren Curricularnormwerte nicht gesehen. Im Wesentlichen handelt es sich somit um eine Beschreibung des bereits vollzogenen Umstellungsprozesses, bei dem die Vorgaben der Senatsverwaltung (gleiche Eingangszahlen) eingehalten worden sind.

Die Berliner Fachhochschulen werden sich weiterhin bemühen, ihre bisher schon guten Erfolgsquoten von 77 % auf 80 % noch mehr zu steigern. Hinsichtlich der durchschnittlichen rechnerischen Übergangsquote von 38 % ist zu bemerken, dass im Fachbereich Berufsakademie der Fachhochschule für Wirtschaft und an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege keine bzw. signifikant wenige Masterstudiengänge angeboten werden. Bei der angestrebten Erfolgsquote von 80 % haben tatsächlich 48 % der Bachelor- Absolventen die Möglichkeit, ein Masterstudium an einer Berliner Fachhochschule aufzunehmen.

7. 2. Entwicklung der Aufnahmekapazitäten an den künstlerischen Hochschulen bis zum Jahr 2009

Auch an den künstlerischen Hochschulen wird die Umstellung von der Planungsgröße „personalbezogene Studienplätze“ nach alter Studienstruktur auf die Planungsgröße „Aufnahmekapazitäten“ nach neuer Studienstruktur durch die Grundsatzentscheidung zur Umstellung der Diplom-Studiengänge auf Bachelor- und Masterstudiengänge bestimmt.

Die überregionale Diskussion in der Kultusministerkonferenz zeigt, dass in fast allen Ländern die Planungen über den Umfang der Einbeziehung der künstlerischen Studiengänge in die neue gestufte Studienstruktur noch nicht weit gediehen sind. Die Richtlinien der Kultusministerkonferenz vom Oktober 2005 sehen bezüglich der künstlerischen Fächer Ausnahmen vor.

Insoweit erübrigt sich derzeit eine Darstellung über die Entwicklung der Aufnahmekapazitäten nach neuer Studienstruktur. Gemäß nachfolgender Tabelle bieten die künstlerischen Hochschulen ausgehend von den Basiszahlen der Hochschulverträge 2000/2001 (Spalte 1) und unter Berücksichtigung der jeweils fortgeschriebenen Strukturpläne (Spalte 2) Aufnahmekapazitäten für gegenwärtig insgesamt 795 Studienanfänger an (s. Spalte 3):

**Aufnahmekapazitäten an den künstlerischen Hochschulen bis zum Jahr 2009 - Basis
Ergänzungsvertrag 2000/2001 und fortgeschriebene Strukturpläne**

Spalte	(1)	(2)	(3)
Hochschule	IST 2000 Diplom Studienplätze ¹⁾ - gem. Erg.vertrag 2001/2002	Soll-Struktur 2009 Diplom Studienplätze ²⁾ - gem. HS-Strukturplan 2002/2004 und Expertenkommission	Ziel 2009 Umrechnung personalbezogene Studienplätze in Aufnahmekapazität ³⁾
UdK	2.898	2.748	547
KHB	550	524	105
HfM	850	610	80
HfS	240	172 60	63
Summe KHS	4.538	4.114	795
¹⁾ Basis: 85.000 Studienplätze an den Berliner Hochschulen, gem. Anlage 4 zum Hochschulvertrag 2006-2009, Stand Juni 2001. ²⁾ UdK: lt. Strukturplanung 2002 - Absenkung von 2.898 um 150 auf 2.748. KHB: lt. Strukturplanung 2004 - Absenkung um 26 in der Architektur. HfM: lt. Strukturplanung 2004 und Empfehlung der Expertenkommission Absenkung von 850 auf 610. HfS: lt. Strukturplanung 2002 - mit 172 statt 240. Hinzu kommen gemäß Vereinbarung mit dem Land Berlin vom 16. Juni 2006 über die "Kooperation der HfS und der staatlichen Balettschule bei der Einrichtung und Durchführung eines Studiengangs Bühnentanz" 60 Studienplätze ab WS 2006/07. ³⁾ Basis: Soll-Struktur 2009.			

7.3. Gesamtschau

In der Gesamtbetrachtung aller Berliner Hochschulen führen die Umstellung von „alter“ auf „neue“ Studienstruktur und der Ersatz der bisherigen Planungsgröße „personalbezogene Studienplätze“ durch „Aufnahmekapazitäten“ mit Projektion auf die Soll-Struktur für das Jahr 2009 zu folgenden durch die Hochschulverträge 2006 bis 2009 ausfinanzierten Aufnahmekapazitäten (Studierende im 1. Fachsemester):

Projektion der Aufnahmekapazitäten an den Berliner Hochschulen bis zum Jahr 2009 nach Umstellung auf die neue Studienstruktur - nach Hochschularten		
Soll-Struktur 2009		
Hochschulvertrag 2006-2009 gemäß Artikel II des Haushaltsstrukturgesetzes 1997 i.d.F. des Art.III § 2 des Haushaltsentlastungsgesetzes 2002		
	Abschluß	Aufnahmekapazität (Studierende 1. FS)
Universitäten	Bachelor	9.030
	Master	4.846
	Ü-Quote B/M	54%
Charite-Universitätsmedizin	Staatsexamen	680
	Diplom	70
	Master	130
Fachhochschulen	Bachelor	6.990
	Master	2.594
	Ü-Quote B/M	37%
Künstlerische Hochschulen	Diplom / Bachelor	795
Berlin gesamt	grundständige Studiengänge Bachelor/Staatsexamen/Diplom	17.565
	Master	7.570

In der jetzigen Gesamtdarstellung der Aufnahmekapazitäten bis zum Jahr 2009 bleiben die Studienanfängermöglichkeiten des Hochschulpaktes 2020 außer Betracht, da es sich bei den Aufnahmekapazitäten (1. Fachsemester) und den Studienanfängern (1. Hochschulsemester nach amtlicher Hochschulstatistik) um zwei verschiedene Planungsansätze handelt. Da der Pakt 2020 erst ab 2007 beginnt und die Gesamtabrechnung der Länder zum ersten Förderzeitraum erst im Jahr 2011 vorgenommen wird, wird eine diesbezügliche Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

8. Vernetzung in der Lehrerbildung innerhalb und zwischen den Hochschulen

Das Studium mit dem Ziel des Lehramts ist an den Universitäten mit Beginn des Bologna-Prozesses systematisch reformiert und im ständigen Gespräch der Arbeitsgruppe der Berliner Universitäten mit den zuständigen Senatsverwaltungen gestaltet worden. Dabei ist es den Universitäten gelungen, auch für das Lehramt eine Studienstruktur im Rahmen der Bachelorstudiengänge zu realisieren. Die lehramtspezifischen Masterstudiengänge, die erstmals mit Beginn des Wintersemesters 2007/2008 an den Universitäten angeboten werden, haben ihre Grundlagen in den von der Arbeitsgruppe „Struktur“ erarbeiteten Vorgaben. Das Modell unterstützt die Studierbarkeit und wirkt Studienzeitverzögerungen entgegen. Der verbindliche Qualifikationsrahmen für die lehramtspezifischen Masterstudiengänge, der von der Arbeitsgruppe „Berufswissenschaften“ erarbeitet wurde, stellt im Kontext der folgerichtigen curricularen Umsetzung eine erhebliche Professionalisierung der Lehrerausbildung dar.

Erstmals konnte im verbindlichen Curriculum der Bachelor- und Masterstudiengänge der Studienanteil „Deutsch als Zweitsprache“ verankert werden. Die konsequente Einhaltung der Standards für die Lehrerbildung gilt auch für den Übergang in den Vorbereitungsdienst. Gemeinsame Facharbeitsgruppen der Universitäten sowie Praxisvertreter und -vertreterinnen aus dem Vorbereitungsdienst haben die Module erarbeitet und dabei die Rahmenlehrpläne sowie aktuelle Forschungsschwerpunkte berücksichtigt. In den Studienangeboten ist auch durchgängig die Möglichkeit zu Gender Studies gegeben.

Alle Masterprüfungsordnungen (Lehramt) sind von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung genehmigt worden. Sie sollen jedoch nach einem Jahr aufgrund bestimmter Auflagen überarbeitet werden und wurden deshalb nur befristet genehmigt.

Über die Einrichtung von Lehrerbildungszentren wurde bereits im Leistungsbericht 2005 berichtet. Die Lehrerbildungszentren, die entsprechenden Gremien und Beiräte sind inzwischen gebildet und haben ihre Arbeit aufgenommen.

9. Lehre

9.1. Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse

Zur Reform des Studienangebots auf gestufte Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master berichten die Universitäten:

Alle vier Universitäten streben an, zum Wintersemester 2007/2008 die Umstellung auf die gestufte Studienstruktur flächendeckend abzuschließen.

Die Freie Universität hat im Berichtszeitraum alle maßgeblichen Beschlüsse zur flächendeckenden Umstellung des Studienangebots auf gestufte Studiengänge vorgebracht. Zum Wintersemester 2007/2008 werden alle Studiengänge, für die die gesetzlichen Möglichkeiten bestehen, umgestellt sein, d.h. nur die mit Staatsexamen abschließenden Studiengänge für Rechtswissenschaft, Human-, Zahn- und Veterinärmedizin sowie Pharmazie bleiben unverändert. Die Freie Universität hat sich darüber hinaus frühzeitig mit der Thematik des Einsatzes digitaler Technologien in der Lehre auseinandergesetzt und ein Konzept des „Blended-Learning“ entwickelt, das eine Mischung zwischen Präsenzphasen und Online-Studium vorsieht. An der Freien Universität wird e-Learning als Instrument für die Modernisierung der Lehre genutzt. Mehr als 18.000 Studierende arbeiteten im Wintersemester 2006/2007 bereits aktiv mit der Lernplattform. Auch in der Frage der Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen ist die Freie Universität im Berichtszeitraum gut vorangekommen. Mittelfristig strebt die Freie Universität eine Weiterentwicklung der Akkreditierung von der Programm- hin zur Systemakkreditierung an.

Die Technische Universität betreibt ebenfalls zum Wintersemester 2007/2008 die vollständige Umstellung auf das gestufte Studiensystem an. Bezüglich der Akkreditierung ist die Technische Universität in ihrer Programmakkreditierung weit vorangeschritten. Wie auch die anderen strebt sie an, in möglichst großem Umfang Verfahren zu bündeln, um den Ressourceneinsatz zu optimieren. Die kontinuierliche Evaluierung in den Bachelor- und Masterstudiengängen ist verpflichtend vorgesehen. Hervorzuheben ist die verstärkte Entwicklung und der Einsatz multimedialer Instrumente

und Methoden in der Lehre. Hierzu wurde auf Beschluss des Akademischen Senats ein Multimedia-Zentrum für Lehre und Forschung eingerichtet. Es dient der Förderung, der Unterstützung und dem Aufbau von e-Learning-Kompetenzen an den Fakultäten. Die Weiterentwicklung der Lehre im Hinblick auf den Einsatz neuer Medien ist Thema der Zielvereinbarungen zwischen dem Präsidenten und den Fakultäten.

Auch die Humboldt-Universität hat im Jahr 2006 die Umsetzung des Studienangebots auf Bachelor- und Masterstudiengänge zielstrebig fortgesetzt. Im gesamten Vertragszeitraum wurde die Modularisierung der Diplom- und Masterstudiengänge fortgesetzt. Dies war die Voraussetzung für die flächendeckende Umstellung auf Bachelor und Master. Die Akkreditierung von Studiengängen ist ebenfalls weit vorangeschritten. Einige Studiengänge sind bereits reakkreditiert worden. Im Berichtszeitraum wurde die Weiterentwicklung von multimedialen Instrumenten und Methoden am Computer- und Medienservice der Humboldt-Universität weiter intensiviert. Hervorzuheben sind die zahlreichen Blended-Learning-Kurse sowie die geplante Einrichtung eines e-Learning-Labors in Kooperation mit dem Multimedia Lehr- und Lernzentrum der Humboldt-Universität.

Die Universität der Künste wird gemäß KMK-Beschluss die Studiengänge, die der Freien Kunst zugeordnet werden, von der gestuften Studienstruktur ausnehmen. Die Akkreditierung und auch bereits die Reakkreditierung von Studiengängen gehört für die Universität der Künste zur Qualitätssicherung der neuen gestuften Studienabschlüsse. Sie hat alle ihre Studiengänge intern und extern evaluiert.

Die kleinen künstlerischen Hochschulen berichten über den Verlauf der Evaluation und der Akkreditierung. Sie stehen in diesem Prozess noch weitestgehend am Anfang.

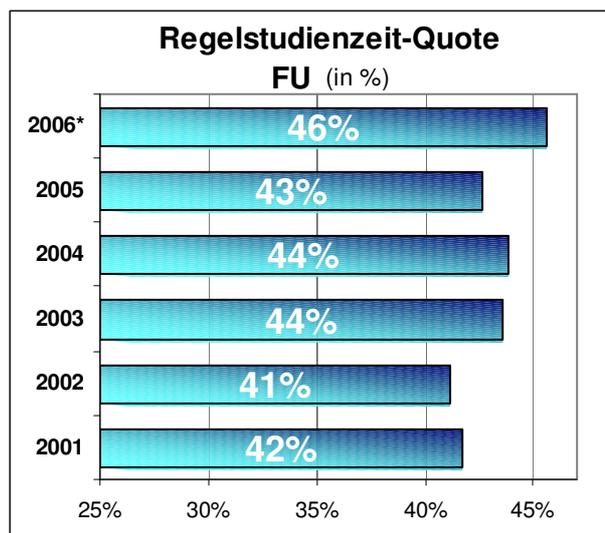
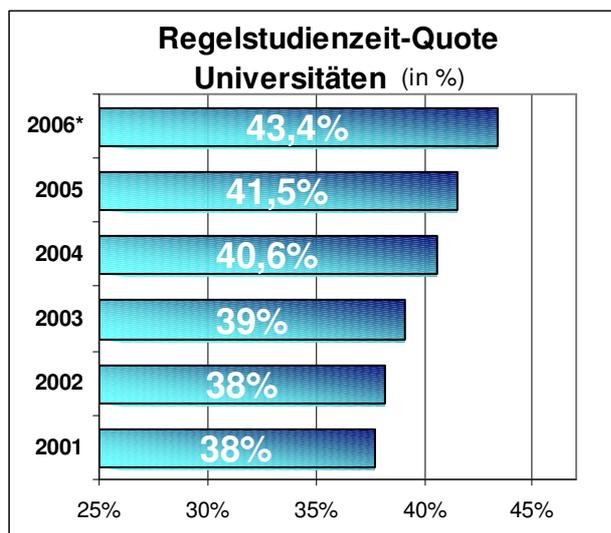
An den Fachhochschulen ist die Umstellung der Studiengänge auf die gestufte Studienstruktur nahezu abgeschlossen. Die Technische Fachhochschule hat als erste der Fachhochschulen alle Studiengänge bereits zum Wintersemester 2005/2006 vollständig umgestellt. Insbesondere die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft nutzt diese Umstellung für eine auch inhaltliche Studienreform, eine Verstärkung der Interdisziplinarität und eine Neukonzeption der allgemeinwissenschaftlichen Angebo-

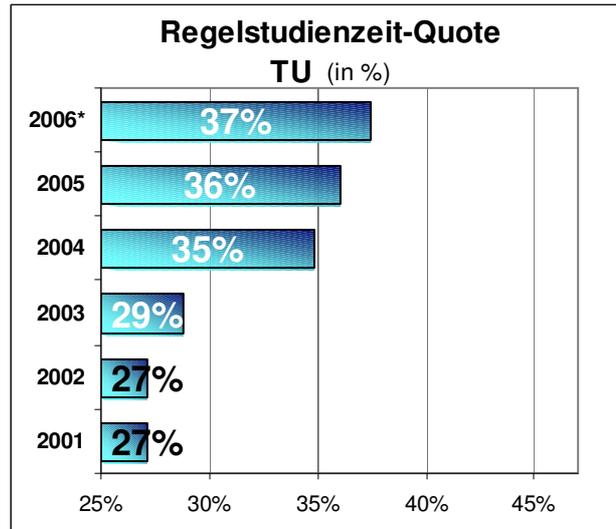
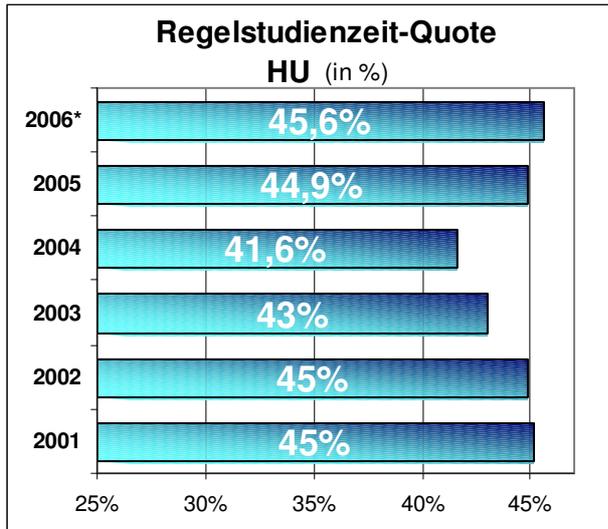
te (AWE-Bereich). Parallelangebote von Diplom- und BA/MA-Studiengängen wird es an den Fachhochschulen spätestens ab dem WS 2007/8 nicht mehr geben. Die Modularisierung der Studiengänge und die Einführung von ECTS ist mit Ausnahme der noch laufenden Diplomstudiengänge an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft und an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege umgesetzt worden.

Etwa 50 % aller umgestellten Studiengänge an Fachhochschulen sind akkreditiert, bei den anderen sind Akkreditierungsanträge in Arbeit oder eingereicht, bei einigen Studiengängen erfolgt bereits jetzt die Reakkreditierung. Die Fachhochschulen evaluieren ihre Studiengänge in regelmäßigen Abständen. Ein wesentlicher Punkt in der Evaluation an Fachhochschulen ist die Einbeziehung der Studierenden.

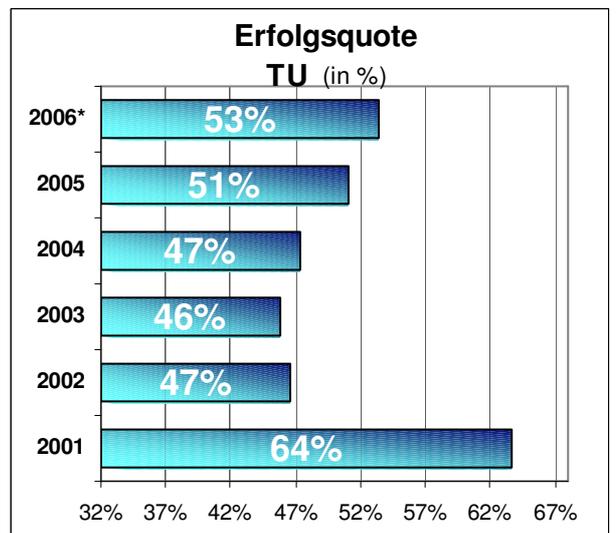
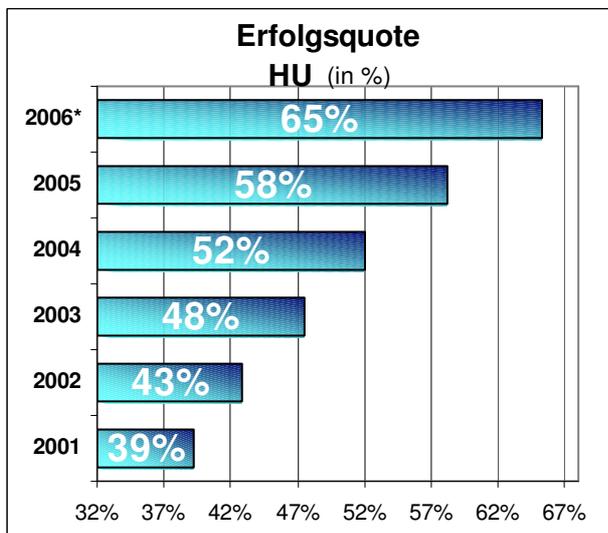
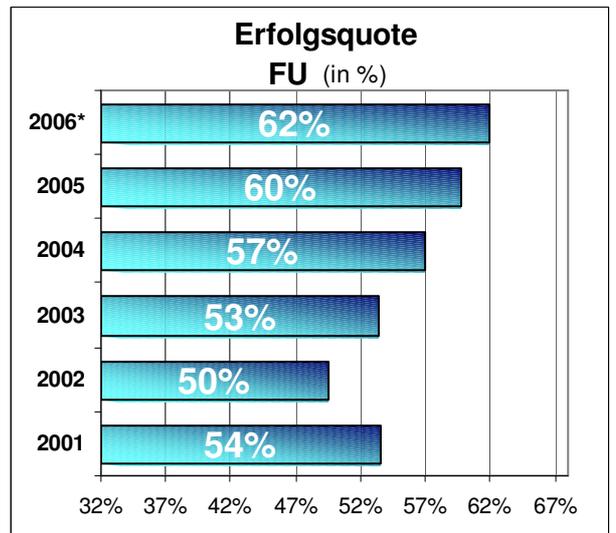
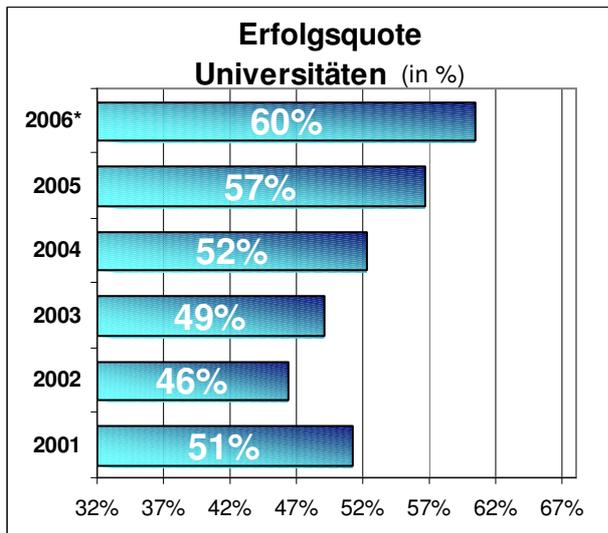
9.2. Leistungsparameter Lehre (Regelstudienzeitquote, Erfolgsquote, Einnahmen aus Weiterbildung)

Wie in den vergangenen Jahren wurden nachfolgend die Leistungsparameter Lehre in Zeitreihen dargestellt.

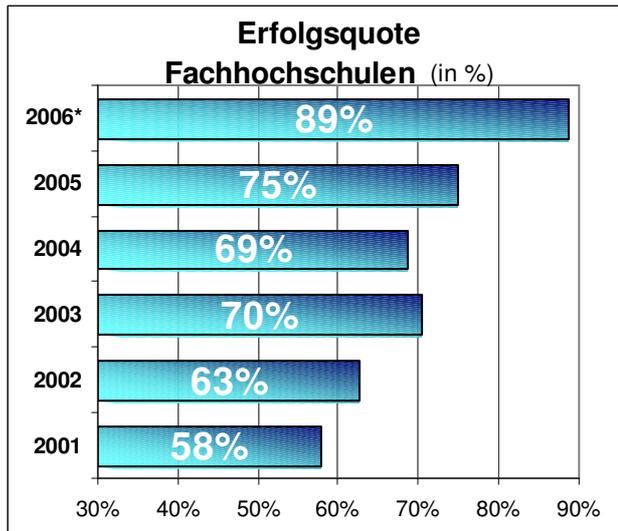
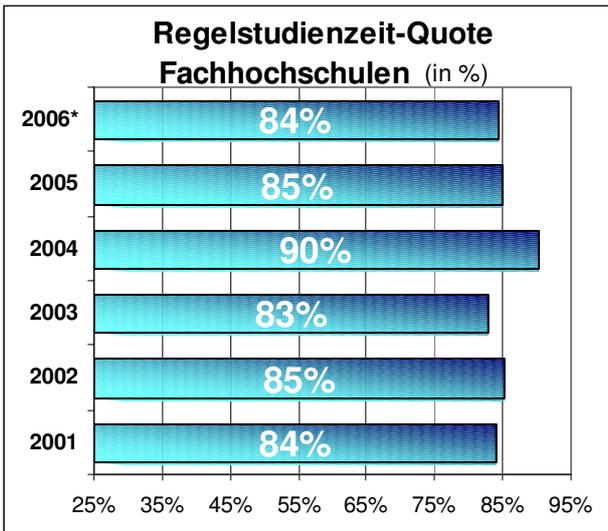




Die Entwicklung zeigt an den drei Universitäten nach oben.



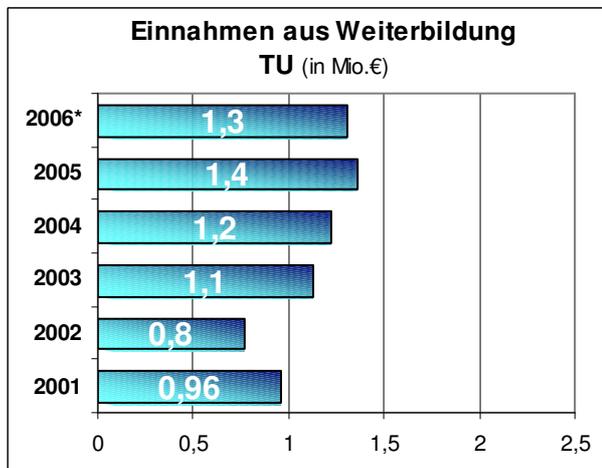
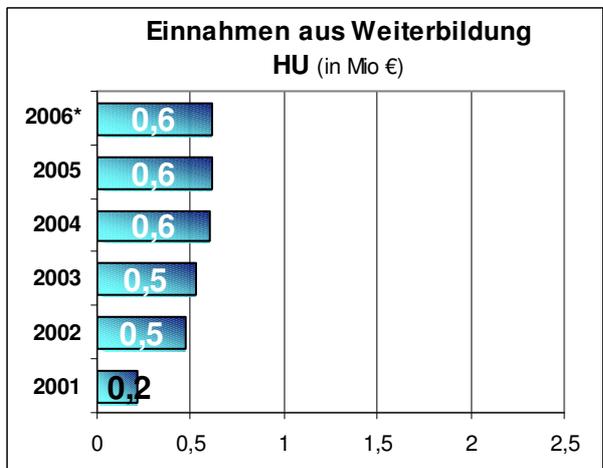
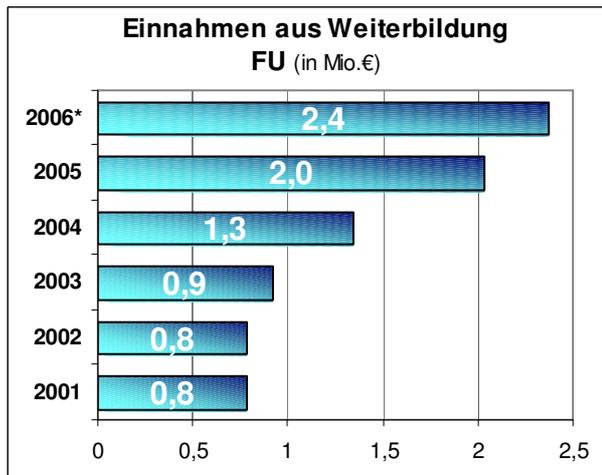
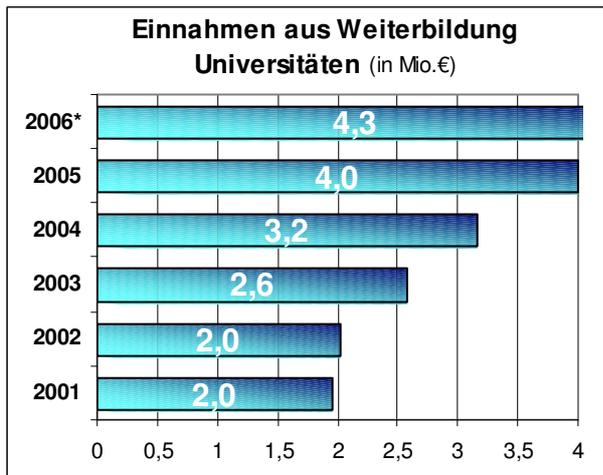
Auch die Erfolgsquote zeigt bei allen drei Universitäten einen stabilen Aufwärtstrend.



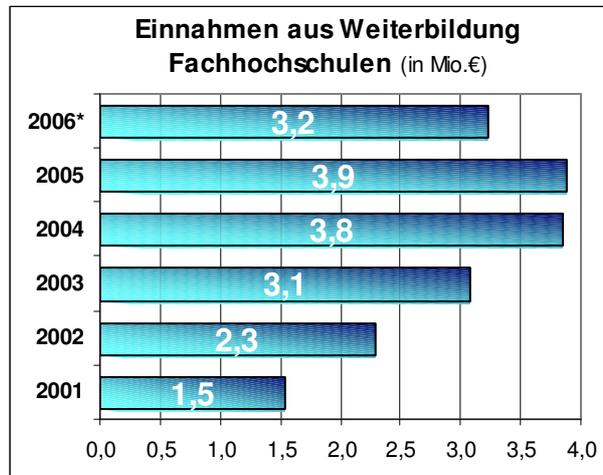
*) Angaben für 2006 zum Teil vorläufig

*) Sprung bei Erfolgsquote wegen Methodenänderung (Umstellung BA/MA)

Die Regelstudienzeitquote und die Erfolgsquote an Fachhochschulen verbleiben auf hohem Niveau.



Lediglich die Freie Universität konnte ihre Einnahmen steigern.



*) Angaben für 2006 zum Teil vorläufig

An den Fachhochschulen ist in 2006 ein Rückgang der Einnahmen aus der Weiterbildung zu verzeichnen.

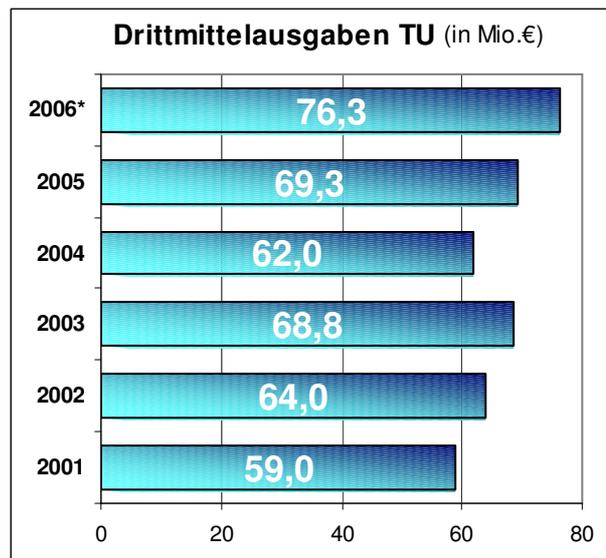
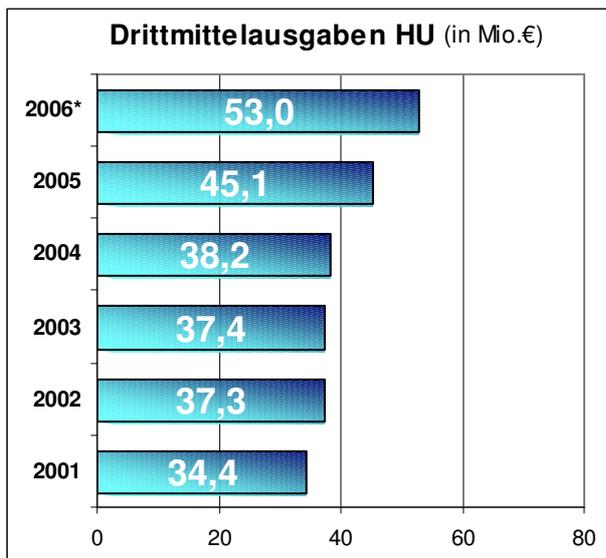
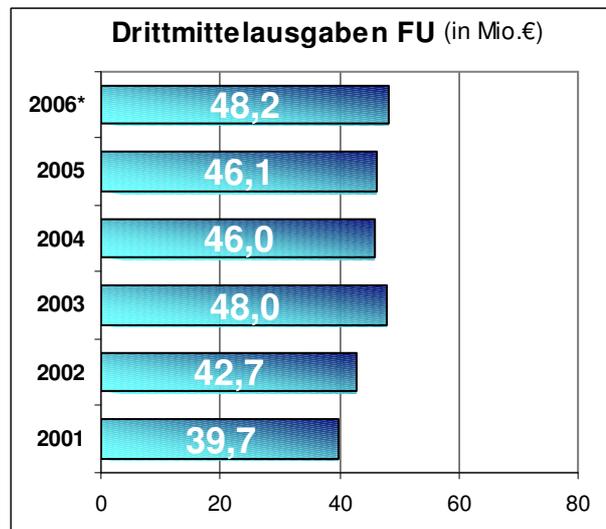
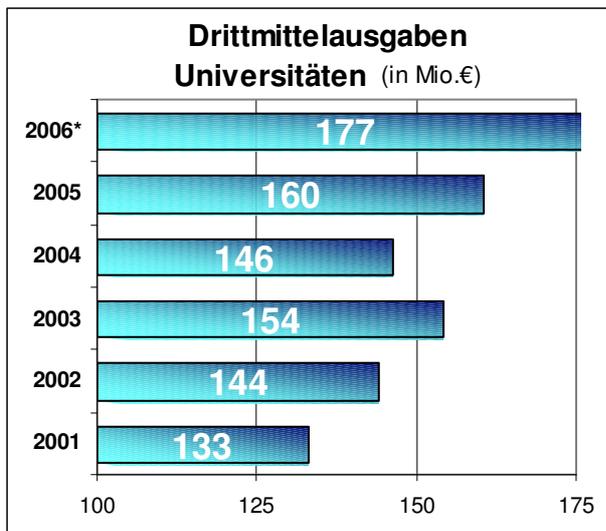
9.3. Multimedia Hochschulservice GmbH (MHSg)

Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der MHSg haben im Jahr 2006 nach kritischer Berichterstattung durch den Rechnungshof von Berlin die Weichen für den Verkauf der MHSg gestellt. Hierüber ist dem Abgeordnetenhaus von Berlin gesondert berichtet worden. Die MHSg hat den Berliner Hochschulen, die bislang Gesellschafter der MHSg waren, vorgeschlagen, ihre Geschäftsanteile an den hochschulnahen gemeinnützigen Bildungsdienstleister, das Institut für technische Weiterbildung Berlin e.V. (itw), zu veräußern. Das itw wurde 1967 auf Initiative der Berliner Wirtschaft und ihrer Verbände gegründet und ist ein hochschulnah arbeitender gemeinnütziger Verein, der als An-Institut der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft sowie in enger Kooperation mit der Technischen Fachhochschule in Bildungs- und Projektarbeit durch Einsatz Neuer Medien tätig ist. Dem haben die Berliner Hochschulen durch Beschlüsse ihrer Kuratorien zugestimmt. Mit der Übertragung der MHSg an das itw, führt das itw ab 01.01.2007 den Namen MHSg und die ursprünglichen und neue Produktlinien weiter.

10. Forschung

Die Berliner Universitäten haben im Jahr 2006 177,5 Mio € an eingeworbenen Drittmitteln verausgabt. Das ist gegenüber 2005 (160,5 Mio €) eine Steigerung von rd. 10,5 %.

Für die einzelnen Universitäten stellt sich die Entwicklung in den letzten Jahren wie folgt dar:

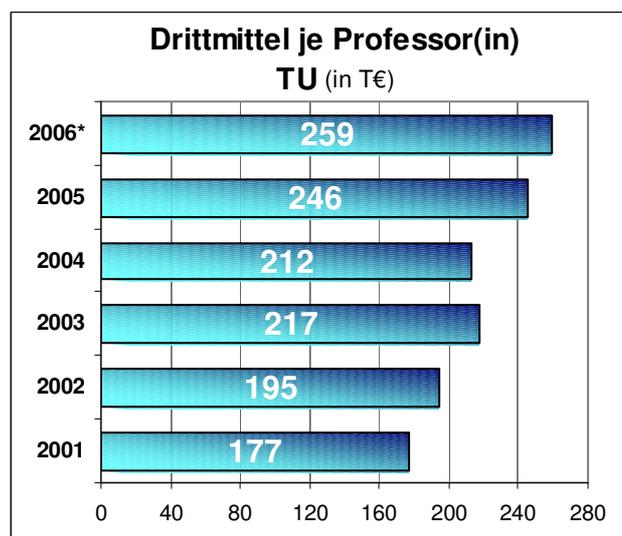
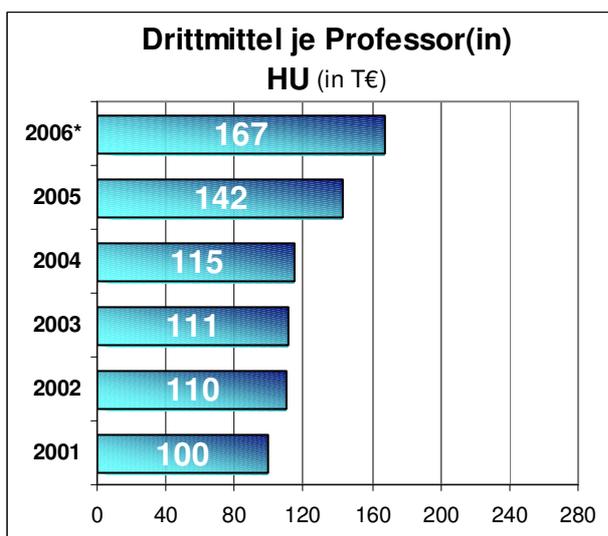
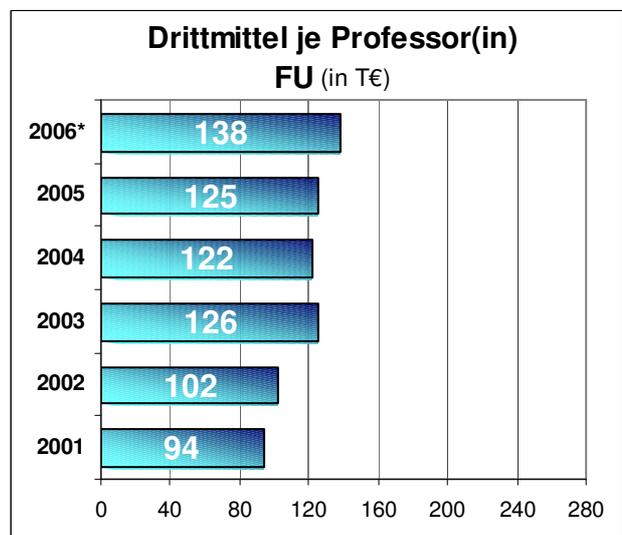
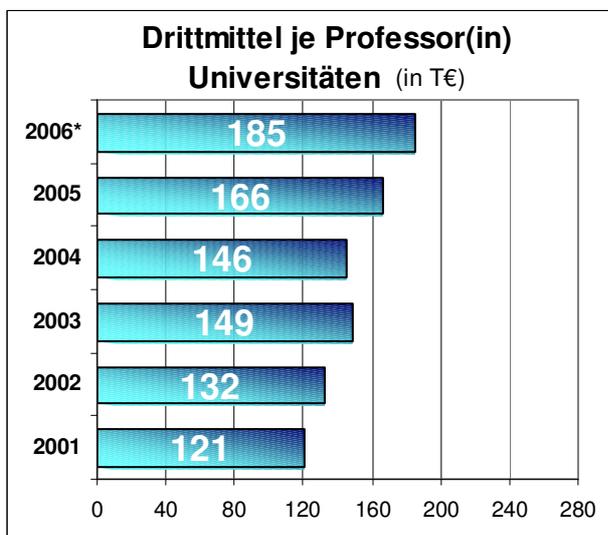


*) Angaben für 2006 zum Teil vorläufig

Die Freie Universität hat eine Steigerung der Drittmittelausgaben um 5 %, die Technische Universität um 10 % und die Humboldt-Universität um 17 % zu verzeichnen.

Die Drittmittelausgaben pro Professor(in) haben sich an den Berliner Universitäten in 2006 (185 T€) um über 11 % gegenüber 2005 (166 T€) erhöht.

Für die einzelnen Universitäten stellen sich die Drittmittelausgaben pro Professor(in) wie folgt dar:



*) Angaben für 2006 zum Teil vorläufig

Daraus wird ersichtlich, dass alle Universitäten einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen haben, wobei die Professoren und Professorinnen der Technischen Uni-

versität im Durchschnitt nach wie vor die höchsten Drittmittelausgaben an einer Berliner Universität vorweisen können.

Im Vordergrund der Aktivitäten der Universitäten im Jahre 2006 stand die Vorbereitung von Anträgen an die DFG und den Wissenschaftsrat im Rahmen der Exzellenzinitiative. Wie im Bericht für das Jahr 2005 im Einzelnen dargestellt, waren die Berliner Universitäten in der ersten Bewilligungsrunde mit Anträgen für drei Graduiertenschulen und vier Exzellenzcluster sowie dem Antrag der Freien Universität für eine "International Network University" vertreten. Während die Anträge für die Exzellenzcluster und das Zukunftskonzept der Freien Universität ohne Erfolg blieben, wurde für die drei Anträge auf Einrichtung einer Graduiertenschule eine Bewilligung ausgesprochen.

Sprecheruniversität	Graduiertenschule
Freie Universität Berlin	North American Studies
Humboldt-Universität zu Berlin	Mind and Brain
Technische Universität Berlin	Mathematical School

Die Gesamtbewilligungssumme für die drei Graduiertenschulen beträgt im Zeitraum vom 01.11.2006 bis 31.10.2011 insgesamt 17,6 Mio € (davon 75 % Bund und 25 % Land).

Die zweite Ausschreibungsrunde in der Exzellenzinitiative läuft seit September 2006. Die Berliner Universitäten haben hierfür insgesamt 28 Antragsskizzen eingereicht, davon 13 für Graduiertenschulen, 13 für Exzellenzcluster und zwei Zukunftskonzepte. Darüber hinaus haben die Berliner Universitäten die vier Anträge für Exzellenzcluster und den Antrag zum Zukunftskonzept der Freien Universität aus der ersten Antragsrunde erneut eingebracht.

Am 12.01.2007 hat die gemeinsame Kommission von Deutscher Forschungsgemeinschaft und Wissenschaftsrat insgesamt die Berliner Universitäten für 15 Antragsskiz-

zen, darunter sechs für Graduiertenschulen, sieben für Exzellenzcluster und zwei Zukunftskonzepte, ausgewählt und zur Stellung eines Vollartrags aufgefordert. Dies betrifft folgende Antragsskizzen:

	Exzellenzcluster	Graduiertenschule	Zukunftskonzept
Freie Universität	Languages of Emotions	Friedrich Schlegel Graduate School of Literary Studies	Internationale Netzwerk Universität
	Successful Learning in Modern Knowledge Societies: International and Restitutional Prerequisites	Islamisch geprägte Gesellschaften - Muslim Cultures and Societies: Unity and Diversity	
Humboldt-Universität	Security and Risk	Berlin Graduate School of Social Sciences	Translating Humboldt into the 21st Century
		Graduate School of Quantitative Biology	
		Geschichte und Theorie des Wissens	
Freie Universität <u>gemeinsam mit</u> Humboldt-Universität	Neuro Cure	Berlin School of Regenerative Therapies	
	Topoi - Formation and Transformation of Space and Knowledge in Ancient Civilizations		
Technische Universität	Human - Centric Communication Center		
	Unifying Concepts in Catalysis		

Über die Vollarträge wird im Oktober 2007 entschieden.

Die Berliner Universitäten haben sowohl im Rahmen der Exzellenzinitiative als auch in anderen Verbundprojekten ihre Kooperation fortgesetzt und verstärkt. Dies gilt auch für die Kooperation mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Zahl der Sonderforschungsbereiche, deren Sprecherfunktion bei einer der drei Berliner Universitäten liegt, ist mit 20 unverändert geblieben. Dabei konnte die Humboldt-Universität eine Sprecherfunktion hinzu gewinnen, während die Freie Universität eine Sprecherrolle verloren hat.

An der Freien Universität ist der begonnene Prozess zur Etablierung von "Wissensclustern" fortgesetzt worden. Unabhängig von den mit der zweiten Runde der Exzellenzinitiative gestellten Anträgen werden inneruniversitäre Verbundstrukturen im Rahmen von zunächst drei und perspektivisch vier Research Areas (Biocampus Dahlem; Dahlem Humanities Center; Center for Area-Studies; GeoCampus Lankwitz) vorangetrieben.

Die Technische Universität konzentrierte sich im Rahmen einer strategischen Profilbildung auf eine erhöhte Sichtbarkeit durch Auswahl zukunftssträchtiger Technologie- und Innovationsfelder, die sich an erkennbaren gesellschaftlichen und politischen Problemstellungen ausrichten.

Die Humboldt-Universität legt einen Schwerpunkt auf Fortführung ihrer Forschungsevaluation, mit der sie 2001 begonnen hat. Die Aussagen renommierter externer Fachvertreter sollen eine fundierte Einordnung der Forschungsleistungen und des Potentials im internationalen Vergleich ermöglichen. Die so gewonnenen Einschätzungen und Empfehlungen werden als Entscheidungshilfe bei der Struktur- und Entwicklungsplanung, beim Ausbau von Profildbereichen im Rahmen der Exzellenzinitiative sowie im Gleichstellungsprozess genutzt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Berliner Universitäten - ausweislich der gesteigerten Drittmittelaktivitäten und der bisherigen Positionierung insbesondere in der zweiten Antragsrunde der Exzellenzinitiative - ihre besondere Leistungsfähigkeit im Bereich der Forschung unter Beweis stellen konnten.

Im Vergleich zu den Universitäten spielt die Forschung an Fachhochschulen noch immer eine untergeordnete Rolle. Dies wird auch an den Daten der Drittmittelausgaben deutlich. Die Drittmittelausgaben liegen zwischen 4,3 Mio € und 0,5 Mio €.

Zur Förderung von Forschung gehen einige der Berliner Fachhochschulen dazu über, einen Forschungsfonds aus eigenen Mitteln einzurichten (z.B. Fachhochschule für Technik und Wirtschaft: 3 % des konsumtiven Zuschusses) oder beteiligen sich an bundesdeutschen und europäischen Forschungsprogrammen. So haben die

Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, die Technische Fachhochschule und die Fachhochschule für Wirtschaft am BMBF-Programm zur Finanzierung von Forschung an Fachhochschulen mit Unternehmen (FHprofUnd) elf Anträge eingereicht, von denen drei Anträge bewilligt wurden. Die Fachhochschule für Wirtschaft beteiligt sich an dem europäischen Netzwerk (Priority 7: Citizens and Governance in a Knowledge Based Society) mit 13 europäischen Partnern, das durch das 6. Rahmenprogramm der EU-Kommission gefördert wird.

Die Technische Fachhochschule und die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft haben darüber hinaus „Forschungsassistenten“ eingestellt. Die Forschungsassistenten werden durch den Europäischen Sozialfonds gefördert. Sie bearbeiten anwendungsorientierte Aufgaben in Forschung und Entwicklung und kooperieren dabei mit regionalen Unternehmen.

11. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Hinsichtlich der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist für den Berichtszeitraum festzustellen, dass bei den zwei wichtigen Indikatoren Juniorprofessuren und Promotionen die Dynamik der letzten Jahre einer gewissen Normalisierung auf hohem Niveau gewichen ist.

Zahl der eingerichteten Juniorprofessuren	2004	2005	2006
FU	49	50	53
HU	40	84	82
TU	16	18	18
Gesamt	105	152	153

Die Universität der Künste berichtet über konkrete Überlegungen zur Gründung einer Graduiertenschule, nachdem sie sehr positive Erfahrungen mit einem früheren Graduiertenkolleg gemacht hat. Für eine entsprechende Planungstagung konnten Drittmittel beim Deutschen Akademischen Austauschdienst eingeworben werden. Als dauerhafte Einrichtung soll die Graduiertenschule auch die internationale Ausrichtung stärken und wäre bundesweit ein einzigartiges Modell.

Zahl der Promotionen von Absolventen der Fachhochschulen	2004	2005	2006
FU	4	4	5
HU	5	8	11
TU	9	12	9
Gesamt	18	24	25

Dagegen stagniert die ohnehin unbefriedigende Zahl der Promotionen von Fachhochschulabsolventen nach wie vor auf niedrigem Niveau.

Die Technische Universität hat ihre Promotionsordnung dahingehend geändert, dass nunmehr auch Fachhochschulabsolventen, die ihr Studium mit dem Prädikat gut abgeschlossen haben, zugelassen werden können.

12. Wissens- und Technologietransfer/Existenzgründungen

Nach wie vor spielt der Wissens- und Technologietransfer für die Berliner Universitäten und Fachhochschulen eine wichtige Rolle. Neben der Einwerbung von Drittmitteln und der engen Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen stehen dabei vor allem die Verwertung von Wissen sowie die Initiierung von Existenzgründungen im Mittelpunkt der Bemühungen der Hochschulen.

Insbesondere durch die intensive Zusammenarbeit mit der Berliner Patentverwertungsagentur ipal GmbH hat sich der Umgang mit Patenten, Erfindungen und Lizenzen an den Hochschulen deutlich professionalisiert.

Die Freie Universität hat einen universitätsintern arbeitenden Patent- und Lizenzservice (PULS) eingerichtet. An der Technischen Universität wurde eine Erfinderdatenbank für den Servicebereich „Kooperationen Patente Lizenzen“ eingerichtet, mit deren Hilfe das Erfindungs- und Patentportfolio der Hochschule gesteuert wird.

In 2006 wurden an der Freien Universität 25, an der Humboldt-Universität (ohne Charité) 14 und an der Technischen Universität 75 Erfindungsmeldungen gezählt. 21 der Erfindungsmeldungen der Technischen Universität wurden vorab per Vertrag externen Partnern übereignet - was als ein Indiz für intensive Wirtschaftskooperationen mit renommierten Industrieunternehmen gewertet werden kann.

Zum Patent angemeldet wurden im Berichtszeitraum von der Freien Universität zwölf, von der Humboldt-Universität elf und von der Technischen Universität insgesamt 24 Erfindungen, davon zwölf in Deutschland, elf in Europa und eine in den USA.

Das Patentportfolio der Technischen Universität umfasst damit 71 deutsche Anmeldungen, 28 europäische Anmeldungen, 34 Anmeldungen nach dem Patent Corporation Treaty sowie 18 in bestimmten Regionen durchgeführte Anmeldungen. Zudem befinden sich 29 Schutzrechtspositionen in der Verwertungsakquisition.

An allen Hochschulen steht die Förderung von Existenzgründungsinitiativen im Fokus des Wissens- und Technologietransfers. Dem potentiellen Existenzgründer werden dabei von Bund, Land, Technologiestiftung, Industrie- und Handelskammer und Anderen umfangreiche Beratungs- und Coachingangebote sowie die Teilnahme an diversen Gründerwettbewerben offeriert. Die Hochschulen sind Mitglied im Netzwerk B!GründeT, einer Plattform, die durch die ipal organisiert wurde und die verschiedenen regionalen Akteure rund um die Gründungsthematik vernetzt.

Alleine im Rahmen des von den Hochschulen mitgetragenen Businessplanwettbewerbs Berlin-Brandenburg stehen Gründungsinteressierten der Technischen Universität z.B. über 150 kostenlose Seminare zur Verfügung. Die Technische Universität bietet Gründern vor allem in der risikobehafteten Startphase Unterstützung bei der Nutzung von Räumen, Laboren oder Datennetzen. Auch die Freie Universität hat in 2006 weitere Gründerzentren errichtet, so dass an der Hochschule derzeit 40 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Insgesamt wurden in 2006 an der Freien Universität zehn Unternehmen gegründet.

An der Universität der Künste bietet das Career & Transfer Service Center Beratungen und Kurse zur Existenzgründung von Künstlerinnen und Künstlern an. Zusätzlich zu diesem zentralen Angebot enthalten die konzipierten Bachelor- und Masterstudiengänge berufsbezogene Anteile, die sich in künstlerischen Studiengängen selbstverständlich auch mit der für Künstlerinnen und Künstler häufigen Existenzgründung bereits im Studium oder nach dessen Ende beschäftigen.

Im Zentrum des Wissens- und Technologietransfers an der Technischen Fachhochschule steht die Gründerwerkstatt. Sie unterstützt Ausgründungen mit einem Stipendium, der kostenlosen Nutzung von Büroräumen und Laboren sowie einer Vielzahl von Seminarangeboten. In 2006 hat die Gründerwerkstatt insgesamt 19 Gründerteams auf den Weg in die Selbständigkeit begleitet. Zudem arbeitet die Technische Fachhochschule insbesondere mit dem Instrument der Forschungsassistenz und hat den „Technologiescout“ als neues Pilotprojekt entwickelt.

Intensive Anstrengungen zur Vorbereitung von Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeitern auf Unternehmensgründungen unternimmt ebenfalls die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft. Auch sie verfügt über eine Gründerwerkstatt und entsendet Forschungsassistenten in regionale Unternehmen. Spezifische Seminarangebote und Planspiele bereiten potentielle Gründer zielgerichtet auf ihre künftigen Branchen (Produktion, Dienstleistung etc.) und Tätigkeitsfelder vor. Zudem legt die Hochschule besonderen Wert auf fremdsprachliche Kompetenzen - eine in Zeiten der Globalisierung wichtige Schlüsselqualifikation bei der Markterschließung.

Auch an der Fachhochschule für Wirtschaft stehen Fragen der Existenzgründung, der Unternehmensnachfolge und des Entrepreneurship im Mittelpunkt zahlreicher Aktivitäten, insbesondere am Steinbeis-Zentrum des Fachbereichs Berufsakademie und im Interdisziplinären Zentrum für Weiterbildung und Wissenstransfer e.V.

13. Erfüllung des Gleichstellungsauftrages

13. 1. Förderung von Frauen in der Wissenschaft

Wie bereits in den vergangenen Jahren dargestellt, gingen auch in diesem Berichtszeitraum die wesentlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Gleichstellungsauftrages vom "Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre" und vom ehemaligen „C 1/C 2- Landesprogramm zur Förderprogramm für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -künstlerinnen" aus. Das ehemalige C 1/ C 2 - Programm ist nach dem Professorenbesoldungsreformgesetz vollständig auf die W-Besoldung umgestellt. Der Senat hat in seinem Bericht zur Evaluation der W- Besoldung darauf hingewiesen, dass der hohe Anteil von Frauen bei der Neuberufung und Besetzung von Stellen für Professoren und Juniorprofessoren neben einer gezielten Berufungspolitik u.a. auch auf diese beiden Programme zurückzuführen ist.

Das "Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre " wird auch nach Auslaufen der Bundesmittel - wie bisher - mit 1 Mio. € aus Mitteln der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen und mit 0,5 Mio. € von allen Hochschulen - ebenfalls wie bisher - weitergeführt (vgl. Kapitel 17, Bewertung durch den Senat).

Beide Programme werden wirksam durch das Mentoring - Programm ProFiL der drei Universitäten unterstützt. Von den 42 Nachwuchswissenschaftlerinnen, die bisher die Berufungsfähigkeit erworben haben, erhielten 18 einen Ruf; zwei besetzen äquivalente Positionen in außeruniversitären Forschungsorganisationen. An der Charité-Universitätsmedizin Berlin und der Universität der Künste gibt es vergleichbare Mentoring-Programme. In das Mentoring-Programm der Universität der Künste sind die Kunsthochschule Berlin-Weißensee, Hochschule für Musik "Hanns Eisler" und die

Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ Potsdam-Babelsberg durch Kooperationsvereinbarungen einbezogen.

13. 2. Repräsentanz von Frauen innerhalb der einzelnen Qualifikationsstufen

Die positive Bilanz in den einzelnen Qualifikationsstufen wurde bereits 2005 durch das Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten des „Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS)“ bestätigt. Berlin hat in der Gesamtbewertung der Länder die Spitzenposition erreicht. Bei den Hochschulen nimmt die FU den ersten Platz in der Gesamtbewertung ein, bei den künstlerischen Hochschulen ist es bislang die Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin.

Die Entwicklung der Frauenanteile in den einzelnen Qualifikationsstufen und die Veränderungen zum Vorjahr sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Entwicklung der Frauenanteile in den Qualifikationsstufen im Vergleich 2005 / 2006*								
Hochschule	Studierende		Absolventen(innen)		Promotionen		Professoren(innen)**)	
	Frauen-Anteil 2006	Änderung in %-Punkten zu 2005	Frauen-Anteil 2006	Änderung in %-Punkten zu 2005	Frauen-Anteil 2006	Änderung in %-Punkten zu 2005	Frauen-Anteil 2006	Änderung in %-Punkten zu 2005
Unis gesamt	51%	0%-P	54%	0%-P	41%	2%-P	19%	1%-P
- FU	60%	1%-P	61%	0%-P	49%	1%-P	21%	2%-P
- HU	56%	0%-P	60%	0%-P	41%	3%-P	19%	0%-P
- TU	36%	0%-P	37%	-1%-P	28%	0%-P	16%	3%-P
FHS gesamt **)	39%	0%-P	43%	1%-P			23%	2%-P
- TFH	27%	0%-P	30%	-1%-P			18%	3%-P
- FHTW	36%	0%-P	39%	-3%-P			18%	0%-P
- FHW*)	51%	0%-P	53%	3%-P			29%	2%-P
- ASFH	72%	-2%-P	78%	3%-P			67%	15%-P
- FHVR	62%	-4%-P	57%	18%-P			24%	0%-P
KHS gesamt	58%	-3%-P	59%	-2%-P			33%	4%-P
- UdK	60%	-4%-P	60%	-3%-P			32%	4%-P
- KHB	65%	0%-P	64%	9%-P			33%	8%-P
- HfM	42%	0%-P	51%	-2%-P			34%	0%-P
- HfS	53%	3%-P	59%	-4%-P			39%	0%-P

*) Angaben für 2006 z.T. vorläufig, Rundungsdifferenzen möglich
**) inkl. Juniorprofessoren

Gegenüber den vergangenen Berichtszeiträumen wird auf folgende Besonderheiten verwiesen:

Die bundesweite Zielstellung von 20 % bei den Professorinnen kann erstmals in Berlin bei der Freien Universität als voll und an der Humboldt-Universität als fast erreicht gelten. Die bundesweite Zielstellung von 40 % bei den Juniorprofessorinnen wird im Jahr 2006 im Durchschnitt der drei Universitäten mit 38,8 % nahezu erreicht (Technische Universität 46 %, Humboldt-Universität 42 %, Freie Universität 32 %).

Die Freie Universität hat zur Erhöhung des Frauenanteils an den Professuren ein „Qualitätssicherungsverfahren für Berufungen“ etabliert. Danach sollen den Berufungskommissionen 50 %, mindestens jedoch zwei Hochschullehrerinnen und den Gutachtern mindestens eine Professorin angehören. Die Humboldt-Universität bemüht sich im Rahmen der Besetzung von S-Professuren mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen gezielt um die Berufung von Frauen.

Der Frauenanteil bei den Neuberufungen einschließlich Juniorprofessorinnen ist im Jahr 2006 an der Freien Universität auf 38 % und an der Technischen Universität auf 30 % weiter gestiegen; an der Humboldt-Universität liegt er rückläufig bei rund 34 %. Besonders hervorzuheben sind die erfolgreichen Anstrengungen der Technischen Universität.

An den Fachhochschulen setzt sich im Jahr 2006 die Erhöhung des Frauenanteils an den neuberufenen Professuren differenzierter als im Vorjahr fort. Die Technische Fachhochschule verzeichnet eine deutliche Steigerung auf 29 %, die Fachhochschule für Wirtschaft hält konstant 42 %, die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft weist mit 23 % eine rückläufige Tendenz auf. Die Alice Salomon Fachhochschule ist von ihrer bisherigen Praxis, Frauen zu berufen, abgewichen, was dem gleichstellungspolitischen Ansatz entspricht. Der Frauenanteil an den Professuren nähert sich an der Technischen Fachhochschule und an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft mit jeweils 18 % sukzessive der bundesweiten Zielstellung von 20 %.

Steigerungen beim Frauenanteil an den Professorinnen sind an der Universität der Künste und an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee zu verzeichnen.

13. 3. Zielvereinbarungen

Ergänzend zu den Ausführungen der vergangenen Jahre hat die Technische Universität die zweite Runde der Fortschreibung der Zielvereinbarungen mit den Fakultäten planmäßig im Jahr 2006 abgeschlossen. An der Humboldt-Universität wurden neue Zielvereinbarungen im Berichtszeitraum nicht abgeschlossen.

Die Universität der Künste hat den in den vergangenen Leistungsberichten wiederholt in Aussicht gestellten Abschluss neuer Zielvereinbarungen auch im Jahr 2006 nicht realisiert. Die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege hat auf der Basis des fortgeschriebenen Frauenförderplans und der Frauenförderrichtlinien gleichstellungspolitisch relevante Zielvorgaben entwickelt und in die Zielvereinbarungen mit den Fachbereichen für das Jahr 2007 aufgenommen. An den künstlerischen Hochschulen wurde der Abschluss von Zielvereinbarungen trotz Aufnahme in das System der Hochschulverträge auch diesmal nicht vorgebracht. Die Kunsthochschule Berlin-Weißensee begründet dies nach wie vor mit der Umsetzung eines qualifizierten Frauenförderplans. Die Hochschule für Musik "Hanns Eisler" und die Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" verzichten ganz auf eine Darstellung über diesen Punkt der Hochschulvertragserfüllung.

14. Internationale Beziehungen / Internationalisierung der Hochschulen

14. 1. Ausländische Studierende (Bildungsausländer)

Ein zentraler Indikator für die Internationalisierung von Hochschulen bildet der Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden. Im Vergleich zu 2005 sind diese Werte unverändert geblieben. An der Freien Universität und der Humboldt-Universität beträgt der Anteil 11 %, die Technische Universität liegt weiter bei 16 % und belegt damit nach wie vor deutschlandweit einen Spitzenplatz.

An den Fachhochschulen liegt der Anteil von Bildungsausländern an den Studierenden bei ebenfalls konstanten Werten im Vergleich zu 2005 deutlich niedriger - mit Ausnahme der Technischen Fachhochschule. Die Technische Fachhochschule verzeichnet einen Anteil von 12 %. Die Fachhochschule für Wirtschaft weist 6 % aus, gefolgt von der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft mit 4 %. Alice-Salomon-Fachhochschule und Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege liegen bei 2%.

14. 2. Drittmittel der Europäischen Union für die Forschung

Aus der nachfolgenden Tabelle wird ersichtlich, dass es bei der Einwerbung von Drittmitteln der EU für die Forschung überwiegend nur geringere Veränderungen ergeben haben, mit Ausnahme der Alice-Salomon-Fachhochschule und der Universität der Künste.

Drittmittel der EU für die Forschung (TEuro)		
Hochschule	2005	2006
FUB	3.007	3.261
HUB	3.582	3.405
TUB *)	8.458	8.700
UdK	429	321
TFH	1.940	2.122
FHTW	1.434	k.A.
FHW	101	87
ASFH	12	87
FHVR	56	53

*) Abweichende Zahl in Klammern aus den Vorjahresberichten aufgeführt.

14. 3. Erhöhung des fremdsprachlichen Lehrangebots im Rahmen der Studiengänge

An der Freien Universität wird neben der Förderung von integrierten Auslandsaufenthalten in der Bachelor- und in der Masterphase insbesondere der Ausbau englischsprachiger Studienangebote angestrebt. Als bundesweit einzige Hochschule ist die Freie Universität 2006 vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und vom Deutschen Akademischen Austauschdienst mit zwei Studiengängen unter den Top 10 der internationalen Master-Programme ausgezeichnet worden.

Bei der Technischen Universität ist die Internationalisierung des Studiums einschließlich englischsprachiger Studiengänge in den Leitlinien zur Studiengangsentwicklung vorgesehen und Gegenstand der Zielvereinbarungen mit den Fakultäten. An der Humboldt-Universität sind neben den bereits bestehenden elf internationalen Studiengängen weitere Masterprogramme entstanden oder in Planung.

Die Technische Fachhochschule bietet im Rahmen des internationalen Dozentenaustausches Lehrvorträge in englischer und spanischer Sprache an. Der postgraduale Master-Studiengang „International Technology Transfer Management“ wird vollständig englischsprachig angeboten. Die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft hat Fremdsprachen-Module verpflichtend im Curriculum verankert. An der Fachhochschule für Wirtschaft wurden im Berichtszeitraum zwei neue englischsprachige Studiengänge entwickelt.

Alle Berliner Fachhochschulen berücksichtigen bei ihren Berufungen die Fremdsprachenkompetenz.

14. 4. Nutzung von Partnerschaften für die Förderung von Auslandssemestern und Auslandspraktika

Die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa nimmt an der Freien Universität einen wichtigen Platz ein. Es bestehen 13 Partnerschaftsverträge mit mittel- und osteuropäischen Universitäten über den Austausch von Wissenschaftlern und Studierenden (insgesamt 128 Kooperationsvereinbarungen). Im SOKRATES/ERASMUS-

Programme bestehen in dieser Region Austauschverträge mit 50 Universitäten. Die Technische Universität hat insgesamt rund 300 Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Hochschulen im Berichtszeitraum ca. 1000 Studierende ausgetauscht. Auch an der Humboldt-Universität liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Kooperation mit Osteuropa. In 2006 erfolgte im Rahmen von rund 40 Partnerschaftsverträgen mit mittel- und osteuropäischen Ländern ein Austausch von 649 Wissenschaftlern und Studierenden.

Sowohl bei den Berliner Universitäten als auch bei den Fachhochschulen ist eine rege Beteiligung am SOKRATES/ERASMUS-Programm zu verzeichnen. Die Humboldt-Universität belegt weiterhin Rang 1 in diesem Programm. Zusätzlich erfolgte für den Schwerpunkt der Kooperation mit Mittel- und Osteuropa eine Integration in das Ostpartnerschaften-Programm des Deutschen Akademischen Austauschdienstes.

14. 5. Verbesserung der internationalen Präsentation der Hochschulen

Auch 2006 haben sich die Berliner Hochschulen auf verschiedenen Bildungsmessen und Hochschultagen präsentiert, sowohl im Gesamtzusammenhang von GATE Germany (Guide to Academic Training and Education) als auch unabhängig davon. Zudem wurde die internationale Wahrnehmung der Berliner Hochschulen durch den Ausbau und die Weiterführung der durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst geförderten deutschsprachigen Studiengänge im Ausland und internationaler Studienprogramme mit Doppelabschluss gesteigert.

Die Freie Universität konnte 2006 die Errichtung des ersten Konfuzius-Instituts durch die chinesische Regierung in Deutschland als besonderen Erfolg verzeichnen. Die Technische Universität nutzt neben den genannten Aktivitäten ihr seit 25 Jahren bestehendes Alumni-Netzwerk mit nunmehr rund 3.300 aktiven Kontakten in 121 Ländern.

Ein wichtiger Indikator für die Attraktivität und auch die Qualität internationaler Kooperation ist die Anzahl der Alexander von Humboldt-Stipendiaten und Preisträger.

Die Berliner Hochschulen, insbesondere die Freie Universität und die Humboldt-Universität, belegen hier seit längerem vordere Plätze.

Anzahl der Alexander von Humboldt-Stipendiaten und -Preisträger (nur Universitäten)		
Hochschule	2005	2006
FUB	48	88
HUB	57	59
TUB	27	35

15. Leistungen der Hochschulen im Blick von außen

Über den Stand der Leistungen im Exzellenzwettbewerb wurde unter Punkt 10. berichtet.

Bei den Rankings in der Forschung liegen die Berliner Universitäten im vorderen Bereich.

Im internationalen Vergleich hat die Reputation der Freien Universität und der Humboldt-Universität in den vergangenen fünf Jahren deutlich zugenommen. Diese Reputation macht sich nicht nur am Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sondern auch an der Zahl der von der Alexander von Humboldt-Stiftung und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst geförderten Gastwissenschaftlern fest. Auch an den EU-finanzierten Programmen, wie z. B. SOKRATES und ERASMUS, haben sich die Universitäten erfolgreich beteiligt.

Die Technische Universität belegte im Jahr 2006 deutschlandweit eine Spitzenposition mit 5.829 ausländischen Studierenden (20,6 %). Insbesondere die Kooperation mit mittel- und osteuropäischen Ländern wurde weiter ausgebaut. Hervorzuheben ist, dass die Technische Universität im Berichtszeitraum verstärkt Stiftungs- oder Industriegelder für Stipendien eingeworben hat. Darüber hinaus konnte sie im Rahmen des

Deutschen Akademischen Austauschdienstes ihr Stipendienprogramm kräftig steigern.

Auch die Universität der Künste konnte ihre internationalen Beziehungen, insbesondere den Austausch von Wissenschaftlern und Studierenden, ausbauen sowie ihre internationale Präsentation auf Messen und Tagungen in Montreal, Basel, Salzburg und Wien verstärken.

Die Berliner Fachhochschulen konnten im Berichtszeitraum ihr international orientiertes Profil stark erweitern. Dies lässt sich an den dem wachsenden Umfang des Studierendenaustausches, an der hohen Zahl ausländischer Studierender und an der breiten Vielfalt internationaler Projekt dokumentieren. Die wichtigsten Drittmittelgeber für die Fachhochschulen sind der Deutsche Akademische Austauschdienst und die EU-Kommission.

Für die Fachhochschule für Wirtschaft ist das erfolgreiche Bachelor-Rating hervorzuheben. Auch die Forschungsprojekte der Fachhochschule für Wirtschaft sowie die Zahl der Partnerhochschulen weltweit sind beachtlich.

Eine herausragende Stellung nimmt die Alice-Salomon-Fachhochschule im Rahmen ihrer internationalen Beziehungen und ihrer konkreten Kooperationsprojekte ein. Ihre Vielzahl von Mitgliedschaften in internationalen Vereinigungen und ihr Vorsitz in führenden sozialpädagogischen internationalen Gesellschaften deutet auf die Attraktivität und das Renommee dieser Hochschule hin.

Die künstlerischen Hochschulen haben ihre internationalen Beziehungen, ihre Verträge mit ausländischen Partnerhochschulen, die Studenten- und Dozentenmobilität im Rahmen des SOKRATES-/ERASMUS-Programms und weiterer Programme des Deutsche Akademische Austauschdienst stark ausgebaut.

16. Ergebnisse der Hochschulen im Rahmen der leistungsbezogenen Mittelbemessung

16. 1. Rahmendaten der Berichtspflicht

Die nachfolgende Tabelle stellt die Kernpunkte der vertraglichen Regelungen der aktuellen im Vergleich zu den „alten“ Verträge für das System der leistungsbezogenen Mittelbemessung in Berlin dar:

Grundarchitektur Leistungsbezogene Mittelbemessung (LBM)									
Kernpunkte - gem. Hochschulvertrag -		Hochschulvertrag 2006 - 2009				Hochschulvertrag 2003 - 2005 i.V.m. Ergänzungs- und Änderungsvertrag 2004/05*			
		HS/ Rg- Jahr	Unis (FU, HU, TU)	FHS (TFH, FHTW, FHW, ASFH, FHVR)	KHS (UdK, KHB, HfM, HfS)	HS/ Rg- Jahr	Unis (FU, HU, TU)	FHS (TFH, FHTW, FHW, ASFH, FHVR)	KHS* (UdK, KHB, HfM, HfS)
% - Satz MBM		2009	30%	30%	30%	2005	15%	15%	15%
		2008	30%	30%	30%	2004	15%	15%	-
		2007	25%	30%	25%	2003	10%	10%	-
		2006	20%	30%	20%	2002	6%	6%	-
% - Satz Kappungs- grenze für Verluste		2009	-	-	10%	2005	5%	5%	5%
		2008	-	-	10%	2004	5%	5%	-
		2007	-	-	10%	2003	5%	5%	-
		2006	-	10%	10%	2002	3%	3%	-
Leistungsbereiche (%-uale Verteilung)	Lehre	2006 - 2009	50%**	80%	80%	2002 - 2005	47,5***%	80%	80%
	Forschung/ Nachwuchs- förderung		45%**	15%	15%		47,5***%	15%	15%
	Gleich- stellung***		5%	5%	5%		5%	5%	5%

* Einbezug der KHS in die LBM ab Rechnungsjahr 2005.

**Die Vertragspartner haben sich darauf verständigt, dass insbesondere bei den Universitäten der Aspekt der Lehre gesteigert werden soll. Dem dient die auf vier Jahr befristete höhere Gewichtung des Leistungsbereichs Lehre von bisher 47,5 auf 50% zu Lasten des Forschungsbereichs.

***Die Vertragspartner haben sich darauf verständigt, dass im Rahmen der Gleichstellungsparameter ab 2006 die Juniorprofessoren als Hochschullehrer zur Gruppe der Professoren zugerechnet werden.

Das System der leistungsbezogenen Mittelzuweisung als regionaler Vergleich wurde bereits 2001 als Mehr-Kreissystem (die Verrechnung erfolgt hochschulartenbezogen) entwickelt. Das so in den Hochschulverträgen verankerte System der leistungsbezogenen Mittelbemessung ist seit 2002 wirksam. Bei der aktuellen Rechnung für den Zuschuss 2007 handelt es sich um den insgesamt sechsten Durchlauf. Die Vorlage der Verrechnungen obliegt den Hochschulen im Sinne einer Berichtspflicht. Die zeitlichen Rahmendaten der Berichtspflicht auf der Grundlage der Hochschulverträge fasst die nachfolgende Tabelle zusammen:

Berichtspflicht im Rahmen der Leistungsbezogenen Mittelbemessung (LBM)					
Hochschulvertrag	LBM-Verrechnung für Zuschuss	Lauf	Datenlage	Berichtspflicht zum	beteiligte HS-Arten
Hochschulvertrag 2006 - 2009	2009	8. Lauf	2007	01.12.2008	Unis, FHS, KHS
	2008	7. Lauf	2006	01.12.2007	Unis, FHS, KHS
	2007	6. Lauf	2005	01.12.2006	Unis, FHS, KHS
	2006	5. Lauf	2004	01.12.2005	Unis, FHS, KHS
Vertrag 2003 - 2005 i.V.m. Erg.u.Änd.-Vertrag 2004/2005	2005	4. Lauf	2003	01.12.2004	Unis, FHS, KHS
	2004	3. Lauf + Evaluation	2002	01.12.2003	Unis, FHS
	2003	2. Lauf	2001	01.12.2002	Unis, FHS
	2002	1. Lauf	2000	01.12.2001	Unis, FHS

Im Rahmen der leistungsbezogenen Mittelzuweisung wurden 2007 insgesamt rd. 167 Mio. € (Unis: rd. 121 Mio. €, FHS: rd. 32 Mio. € und KHS: rd. 14 Mio. €) der leistungsbezogenen Mittelbemessung unterworfen. Davon entfielen hochschulartenübergreifend auf den Bereich Lehre 97,3 Mio. €, auf den Bereich Forschung 61,4 und auf den Bereich Gleichstellung 8,4 Mio. €.

Anfangsausstattung Mittelbemessung 2007 nach Leistungs- bereichen* (in Mio.€)		Gesamt	nach Leistungsbereichen		
			Lehre Unis: 50% FHS/KHS: 80%	Forschung Unis: 45% FHS/KHS: 15%	Gleichstellung Unis/ FHS/KHS: 5%
Unis	Σ	121,2	60,6	54,5	6,1
FHS	Σ	31,9	25,6	4,8	1,6
KHS	Σ	13,9	11,1	2,1	0,7
GESAMT (rd.)		167	97,3	61,4	8,4

*Rundungsdifferenzen möglich

16. 2. Ergebnisse

Die von den Hochschulen im Wege einer Berichtspflicht vorgelegten Berechnungen mit Auswirkung für den Zuschuss 2007 führen zu den folgenden Ergebnissen:

Spalte	(1)	(2)	(3)	(4) = (3) x (2)	(5)	(6)	(7) = (6) / (4)	(8)	(9) = (8) / (4)
System der leistungs- bezogenen Mittel- bemessung ⁰⁾ 2007	Zuschuss -bereinigt ¹⁾ in T€	% -Satz MBM	Verteilungs- masse Mittel- bemessung in T€	(End-) Kappungs- grenze für Verluste in %	Gewinn- und Verlust (GuV)-Situation -vor Endkappung der Verluste-		Gewinn- und Verlust (GuV)-Situation - -nach Endkappung der Verluste-		
					absolut in T€	in % bezogen auf Vert.masse MBM	absolut in T€	in % bezogen auf Vert.masse MBM	
Unis ²⁾	FU	171.445	25%	42.861	-	8	0%	8	0%
	HU	145.864		36.466		747	2%	747	2%
	TU	167.375		41.844		-755	-2%	-755	-2%
	Σ	484.684		121.171					
FHS ³⁾	ASFH	6.350	30%	1.905	-	35	2%	35	2%
	FHW	15.834		4.750		12	0%	12	0%
	FHTW	36.381		10.914		45	0%	45	0%
	TFH	42.478		12.743		-85	-1%	-85	-1%
	FHVR	5.439		1.632		-8	-1%	-8	-1%
	Σ	106.483		31.945					
KHS ⁴⁾	UdK	37.882	25%	9.470	10%	17	0%	17	0%
	KHB	5.369		1.342		15	1%	15	1%
	HfM	7.483		1.871		85	5%	85	5%
	HfS	4.931		1.233		-117	-9%	-117	-9%
	Σ	55.664		13.916					
Gesamt	646.831	Ø 26%	167.032						

⁰⁾ Rundungsdifferenzen möglich

¹⁾ um Sondertatbestände bereinigt

²⁾ Ergebnisse gem. Schreiben Januar 2007 (GuV vor und nach Kappung identisch; eine Kappungsgrenze ist nicht vorgesehen)

³⁾ vertragsgemäß von den FHS mit der HIS GmbH erarbeitete Berechnung; LBMV 2007 FHS: Berechnung und Dokumentation, Bericht der HIS GmbH - Februar 2007 (GuV vor und nach Kappung identisch; eine Kappungsgrenze ist nicht vorgesehen)

⁴⁾ vertragsgemäß von den KHS mit der HIS GmbH erarbeitete Berechnung; LBMV 2007 Künstlerische Hochschulen: Berechnung und Dokumentation, Bericht der HIS GmbH - März 2007

Bei den Universitäten gewinnt 2007 erstmalig deutlich die Humboldt-Universität mit 747 T€. Die Freie Universität weist mit 8 T€ ein ebenfalls positives Ergebnis auf. Hingegen muss die Technische Universität Mittel in Höhe von 755 T€ abgeben.

An den Fachhochschulen stehen 2007 drei Gewinnern zwei Verlierer gegenüber. Hierbei zählen die Alice-Salomon Fachhochschule (rd. 35 T€), die Fachhochschule für Wirtschaft (rd. 12 T€) und die Fachhochschule für Wirtschaft und Technik (rd. 45 T€) zu den Gewinnern. Verluste verzeichnen die Technische Fachhochschule (-85 T€) und die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (-8 T€).

Bei den Kunsthochschulen weisen erstmals mit der Hochschule für Musik (rd. 85 T€) und der Kunsthochschule Berlin-Weißensee (rd. 15 T€) neben der Universität der Künste (rd. 17 T€) auch zwei kleine künstlerische Hochschulen Gewinne auf. Hingegen büßt die Hochschule für Schauspielkunst Mittel in Höhe von rd. 117 T€ ein. Gleichwohl bedarf sie aber nicht des Schutzes der Kappungsgrenze für Verluste (10%).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Gewinn- und Verlustverteilung für 2007 differenziert nach Leistungsbereichen:

Gewinn- und Verlustsituation 2007 nach Leistungsbereichen (in T€)*		Gesamt	nach Leistungsbereichen		
			Lehre	Forschung	Gleichstellung
Unis	FU	8	385	-466	88
	HU	747	-177	802	123
	TU	-755	-208	-336	-211
FHS	ASFH	35	-118	118	35
	FHW	12	210	-170	-27
	FHTW	45	121	-62	-13
	TFH	-85	-262	129	48
	FHVR	-8	49	-15	-43
KHS	UdK	17	-185	219	-17
	KHB	15	74	-59	
	HfM	85	235	-165	15
	HfS	-117	-123	5	1

* Rundungsdifferenzen möglich. Bei Unis und FHS gibt es gem. Hochschulvertrag in 2007 keine Verlustkappung. Nur bei den KHS ist noch eine (spartenbezogene) Kappung der Verluste vertraglich vorgesehen.

Universitäten

- Der hohe Gesamtgewinn der Humboldt-Universität (747 T€) geht auf Erfolge in der Forschung (802 T€) und der Gleichstellung (123 T€) zurück. Gleichwohl mindern die Verluste im Bereich der Lehre (-177 T€) den Gesamtgewinn.
- Die Freie Universität weist mit rd. 8 T€ ein positives Ergebnis auf. Dieses Ergebnis geht auf Erfolge in der Lehre (385 T€) und der Gleichstellung (88 T€) zurück, das aber durch die Verluste in der Forschung (-466 T€) fast aufgezehrt wird.
- Die Verluste der Technischen Universität (-755 T€) basieren auf ihrem negativen Abschneiden in allen drei Leistungsbereichen (Lehre: - 208 T€, Forschung: -336 T€ und Gleichstellung: -211 T€).

Fachhochschulen

- Die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft verzeichnet mit 45 T€ erstmals einen Gewinn. Dieser lässt sich auf Erfolge in der Lehre (121 T€) zurückführen. In den Bereichen Forschung (-62 T€) und Gleichstellung (-13 T€) hingegen weist sie Verluste auf.
- Der Gesamtgewinn der Alice-Salomon-Fachhochschule (35 T€) geht auf Erfolge im Bereich Forschung (118 T€) und Gleichstellung (35 T€) zurück. Allerdings muss die Alice-Salomon-Fachhochschule deutliche Mitteleinbußen in der Lehre (-118 T€) tragen. Dies führt zu einer Abschwächung des Gesamtgewinns.
- Das positive Gesamt-Ergebnis der Fachhochschule für Wirtschaft (12 T€) geht auf Erfolge in der Lehre (210 T€) zurück. Die Verluste in der Forschung (-170 T€) und der Gleichstellung (-27 T€) fallen zwar deutlich aus, führen im Gesamtergebnis aber nur zu einer Minderung des positiven Ergebnisses.
- Die Verluste der Technischen Fachhochschule (-85 T€) sind auf die deutlichen Verluste in der Lehre (-262 T€) zurückzuführen. Die Gewinne im Bereich der Forschung (129 T€) und der Gleichstellung (48 T€) können den Verlustausweis nur mindern, das Ergebnis aber nicht umkehren.
- Die Ergebnisse der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege weisen erstmals seit ihrem Einbezug im Jahr 2004 in das System der leistungsbezogenen Mittelbemessung in diesem Jahr einen Verlust (-8 T€) auf. Die Erfolge in der

Lehre (49 T€) werden durch Verluste im Bereich der Forschung (-15 T€) und der Gleichstellung (-43 T€) überkompensiert.

Künstlerische Hochschulen:

- Das gute Abschneiden der Hochschule für Musik "Hanns Eisler" lässt sich auf Erfolge in der Lehre (235 T€) und der Gleichstellung (15 T€) zurückführen. Gleichwohl wird dieser Erfolg durch Verluste in der Forschung (-165 T€) abgeschwächt.
- Die Kunsthochschule Berlin-Weißensee verzeichnet im Bereich der Lehre einen Gewinn (74 T€) und schließt im Bereich der Gleichstellung „ausgeglichen“ ab. Allerdings weist auch sie im Bereich der Forschung Verluste auf (-59 T€).
- Die Gewinne der Universität der Künste (rd. 17 T€) speisen sich allein aus Erfolgen im Bereich Forschung (219 T€). Die Verluste in den anderen beiden Bereichen (Lehre: -185 T€; Gleichstellung: -17 T€) führen in der Gesamtbilanz zu einem deutlich geringeren Erfolgsausweis.
- Die deutlichen Verluste der Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" (-117 T€) gehen auf den Bereich Lehre (-123 T€) zurück. Die Bereiche Forschung (5 T€) und Gleichstellung (1 T€) schließen positiv ab und reduzieren so den Verlust insgesamt.

Eine gesonderte Darstellung der kumulierten Gewinne und Verluste über die gesamte Laufzeit der leistungsbezogenen Mittelbemessung (2002 bis 2007) findet sich in der nachfolgenden Tabelle:

Hochschulen ¹⁾		Gewinn- und Verlustsituation kumuliert in den Jahren 2002 bis 2007 (in T€)	
		vor Verlustkappung	nach Verlustkappung
Unis	FU	4.296	4.057
	HU	-2.266	-1.893
	TU	-2.029	-2.165
FHS	ASFH	259	220
	FHW	296	296
	FHTW	-581	-540
	TFH	-92	-95
	FHVR ²⁾	118	118
KHS ³⁾	UdK	191	191
	KHB	-23	-23
	HfM	-16	-16
	HfS	-152	-152

¹⁾ Rundungsdifferenzen möglich; Grundlage sind die haushaltswirtschaftlich umgesetzten Ergebnisse

²⁾ erstmaliger Einbezug FHVR ab Rechnung für 2004

³⁾ erstmaliger Einbezug der vier KHS ab Rechnung 2005

16. 3. Ausblick

In der Koalitionsvereinbarung ist festgehalten, dass sich die leistungsbezogene Mittelbemessung als Instrument zur Setzung von Anreizen bewährt hat und beibehalten und weiterentwickelt werden soll. Die Kriterien hierfür seien im Detail zu evaluieren und zu den Neuverhandlungen der Hochschulverträge zu qualifizieren. Besonderes Augenmerk solle hierbei auf dem Bereich Lehre und Studium liegen; der Studienerfolg und die Senkung der Abbrecherquoten sollen hierbei absolute Priorität besitzen.

In den gültigen Hochschulverträgen 2006 bis 2009 (Unis und FHS: § 3; KHS: § 2 i.V.m. Anlage 2) ist hierzu vereinbart, dass nach der im Jahr 2008 mit den Zahlen der Jahre 2004 bis 2006 durchgeführten Mittelverteilung eine Evaluierung des Systems der leistungsbezogenen Mittelbemessung unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten stattfindet. Von dem Ergebnis dieser Evaluation wird die Fortführung und Weiterentwicklung des Systems nach 2009 abhängig gemacht. Zur zeitlichen

Perspektive der angestrebten Evaluation lässt sich festhalten, dass sie frühestens im Jahr 2008 erfolgen kann.

17. Bewertung der Leistungen durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Die Auswertung auch des diesjährigen Leistungsberichtes zeigt, dass mit dem jeweiligen Jahresbericht generell nur graduelle Betrachtungen erfolgen können. Für künftige Steuerungsprozesse ist deshalb die Betrachtung von Zeitreihen heranzuziehen. Diese umfassen mit dem jetzt vorgelegten Bericht sechs Jahre.

In allen Zeitreihen der vergangenen Berichtszeiträume ist durchgängig ein positiv steigender Trend zu verzeichnen. Trotz der Umsetzung struktureller Kürzungen als Beitrag der Universitäten zur Konsolidierung des Landeshaushaltes und weiterer Belastungen in den Folgejahren sind die Leistungsparameter an allen Hochschulen gestiegen. Mit dem System der Hochschulverträge wurde somit an den Berliner Hochschulen ein Entwicklungsprozess in Gang gebracht, der durch Wirtschaftlichkeit und Transparenz beim zielgerichteten Einsatz von Ressourcen und Wettbewerb zwischen den Hochschulen bei der Erfüllung der Leistungsparameter gekennzeichnet ist. Die positive Entwicklung der Berliner Hochschullandschaft wird inzwischen auch im überregionalen Vergleich durch einschlägige Rankings belegt.

Im Folgenden werden die Themen Exzellenzwettbewerb, Gleichstellung und leistungsbezogene Mittelverteilung als Schwerpunkte hervorgehoben.

Die Universitäten haben in der Vorbereitung der zweiten Bewilligungsrunde des Exzellenzwettbewerbs die Erfahrungen aus der ersten genutzt. Sie haben die Vorbereitung ihrer Anträge noch einmal verbessert und sich deutlich stärker untereinander abgestimmt. Letzteres schlug sich auch in zwei gemeinsamen Clusteranträgen der Freien Universität und der Humboldt-Universität nieder. In nahezu allen Anträgen erfolgt eine gegenseitige Beteiligung. Der Erfolg dieser Anstrengungen zeigt sich in der höheren Anzahl von Vollanträgen, zu denen die Universitäten aufgefordert wurden. Dies zeigt, unabhängig davon, wie viele Bewilligungen letztlich ausgesprochen

werden, dass die Berliner Universitäten im Bereich exzellenter Forschung in beachtlichem Umfang als konkurrenzfähig angesehen werden.

Im Zusammenhang mit dem Exzellenzwettbewerb haben die drei Universitäten Konzepte entwickelt, um die Rahmenbedingungen für Forschung auch institutionell nachhaltig zu verbessern. Mit diesen Konzepten befinden sich die Freie Universität und die Humboldt-Universität in der dritten Linie im Wettbewerb um einen Zuschlag. Die inneruniversitäre Diskussion und die bisher schon getroffenen Entscheidungen haben die Problemsicht der Universitäten bereits deutlich verändert und werden - unabhängig vom Ergebnis des Wettbewerbs - ihre Leistungsfähigkeit nachhaltig steigern; ein Zuschlag in der dritten Linie des Wettbewerbs würde die Ausgangssituation in Bezug auf die Umsetzung der Konzepte naturgemäß sehr stark verbessern.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstreicht die Ergebnisse, die von den Berliner Hochschulen durch das „Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“ und das ehemalige C1/C2 – Landeprogramm zur „Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -künstlerinnen“ erreicht worden sind. Berlin wird im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 gemäß Artikel 1 § 1 Abs. 4 der von den Regierungschefs von Bund und Ländern unterzeichneten Verwaltungsvereinbarung auch Mittel dafür einsetzen, um den Ausbau seiner Hochschulen dafür zu nutzen, den Anteil der Frauen bei der Besetzung von Professuren und sonstigen Stellen weiter zu erhöhen.

Im Rückblick auf die nunmehr zehnjährige Wirksamkeit der Hochschulverträge wird deutlich, dass die Verträge seit 1997 das zentrale Instrument der Berliner Hochschulpolitik sind. Waren sie zunächst nur ein Instrument der Finanzierung und der Planungssicherheit, so wurden sie schrittweise zu einem umfassenden Steuerungssystem über Zielvereinbarungen ausgebaut. Diesem Entwicklungsprozess haben sich die Hochschulen in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung erfolgreich gestellt.

In den Hochschulverträgen werden im Sinne einer erfolgsorientierten Hochschulpolitik von den Hochschulen vereinbarte Ziele abgefordert. Damit geben sie der Senatsverwaltung die Gelegenheit Planungssicherheit zu gewähren und strategisch die er-

forderlichen Ziele zu vereinbaren. Dabei wirkt das Land mit gezielten vertraglichen Vereinbarungen sowohl auf eine Erhaltung und Steigerung der Stärken als auch eine Verbesserung der Bereiche hin, in denen Schwächen bestehen.

Dieser Leistungsbericht zeigt in erster Linie den Wettbewerb der Berliner Hochschulen untereinander auf. Wo die Berliner Hochschulen überregional im Vergleich stehen ergibt sich aus dem Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich (AKL), der im Abstand von zwei Jahren von der Hochschul-Informationssystem-GmbH (HIS) durchgeführt wird. Dabei wird im überregionalen Vergleich zwischen den beiden primären Leistungsbereichen Lehre und Forschung unterschieden. Mithin ist der Ausweis sowohl von lehrbezogenen als auch von forschungsbezogenen Kennzahlen möglich. Inzwischen sind neben den Berliner Universitäten auch die Berliner Fachhochschulen und die Berliner künstlerischen Hochschulen einbezogen.

Dem Abgeordnetenhaus wurde 2005 über die Ergebnisse des Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleichs berichtet. Die neuesten Zahlen werden erst im Herbst 2007 vorliegen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird hierüber berichten.

Die Ergebnisse des AKL leisten einen wesentlichen Beitrag zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit und der Wirtschaftlichkeit der Hochschulen. Der AKL unterstützt damit das interne und externe Hochschul-Controlling und gibt wertvolle Hilfestellungen für die Strukturdiskussion in und mit den Hochschulen.

Das System der leistungsbezogenen Mittelbemessung dient der Förderung des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen sowie der Etablierung des Leistungsprinzips innerhalb der Hochschulen. Die Verteilungsparameter sind so definiert, dass sie Fortschritte der Hochschulen bei der Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Vorgaben belohnen. Die Mittelverteilung wird dabei unterschieden in eine lehrbezogene, eine forschungsbezogene sowie eine gleichstellungsbezogene Zuweisung. Um eine Steigerung des fachbezogenen Wettbewerbs der Hochschulen zu erlangen, konkurrieren die Hochschulen in den Fächergruppen untereinander. Die Umverteilung der Mittel zwischen den Hochschulen erfolgt auf der Basis eines alljährlich fortzuschreibenden Berichtsystems. Die Vorlage der Verrechnungen obliegt den Hochschulen im

Sinne einer Berichtspflicht. Das System der leistungsbezogenen Mittelverteilung zeigt über den Fünfjahreszeitraum den Hochschulen ihre Stärken und Schwächen und ermöglicht ihnen intern die notwendigen Steuerungsmöglichkeiten. Die leistungssteigernde Wirkung dieses Wettbewerbs geht weit über die endgültig umverteilten Mittel hinaus und wird durch den Umfang des finanziellen Risikobereichs mitbestimmt.

Zusammenfassend bewertet die Senatsverwaltung die Leistungsberichte der Berliner Hochschulen zum Jahr 2006 als einen positiven Beweis ihrer Leistungsfähigkeit. In vielen Teilbereichen konnten sie ihre Leistungen steigern. Die Leistungen in der Lehre bedürfen noch weiterer Anstrengungen. Hier ist jedoch auch der schwierige Umstrukturierungsprozess auf die gestufte Studienstruktur an den Hochschulen zu berücksichtigen.

I. Eckdaten für Leistungsbereiche der Universitäten (ohne Medizin) ¹⁾	2.004				2.005				2006 ²⁾			
	gesamt	FU	HU	TU	gesamt	FU	HU	TU	gesamt	FU	HU	TU
1. Finanzausstattung der Hochschulen gem. Hochschulverträgen (in T€)												
konsumtiver Zuschuss	741.117	273.707	203.662	263.749	740.738	275.081	203.517	262.140	750.114	278.902	207.201	264.011
investiver Zuschuss	51.277	17.341	15.529	18.407	51.610	17.341	15.862	18.407	34.818	11.205	12.876	10.737
2. Lehre												
2.1 Ausbildung der Studierenden												
Studierende insgesamt (Stand: WS)	94.722	33.989	31.079	29.654	85.981	31.398	26.746	27.837	81.861	30.602	25.459	25.800
Studierende i.d. RSZ	67.205	23.463	22.577	21.165	59.890	22.174	18.597	19.119	55.608	20.824	16.984	17.800
Studierende i.d.RSZ in Jahrgangsstärke	14.488	5.230	4.771	4.487	13.677	5.040	4.454	4.183	13.468	5.300	4.068	4.100
Absolventen (Ø 2 Jahre)	7.583	2.981	2.480	2.122	7.742	3.010	2.595	2.138	8.130	3.281	2.659	2.190
Absolventen i.d. RSZ+2 (Ø 2 Jahre)	3.079	1.308	1.032	739	3.217	1.282	1.164	771	3.527	1.495	1.212	820
2.2 Internationalität												
Studierende (Bildungsausländer)	11.767	3.623	3.533	4.611	10.795	3.425	2.952	4.418	10.287	3.325	2.872	4.090
Absolventen (Bildungsausländer) Ø 2 Jahre	452	134	109	209	545	163	144	238	618	231	147	240
3. Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses												
3.1 Forschung												
Drittmittelausgaben insgesamt (in T€)	146.226	45.998	38.226	62.001	160.481	46.085	45.144	69.252	177.483	48.172	53.011	76.300
Zahl der Sonderforschungsbereiche (Sprecherhochschule)	18	9	6	3	20	8	9	3	19	7	9	3
3.2 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses												
Promotionen (Ø 2 Jahre)	1.326	574	354	398	1.390	572	398	420	1.389	576	403	411
Promotionen von FHS-Absolventen	18	4	5	9	24	4	8	12	25	5	11	9
Habilitationen (Ø 2 Jahre)	124	54	46	24	127	56	43	29	122	56	34	33
Zahl der eingerichteten Juniorprofessuren	105	49	40	16	152	50	84	18	153	53	82	18
3.3 Internationalität												
Alexander-von-Humboldt-Stipendiaten und -Preisträger	157	68	61	28	132	48	57	27	182	88	59	35
4. Gleichstellung												
Studierende (w)	48.760	20.060	17.567	11.133	43.663	18.665	15.038	9.960	42.019	18.282	14.337	9.400
Absolventen (w) (Ø 2 Jahre)	4.209	1.823	1.528	858	4.215	1.840	1.556	819	4.418	2.001	1.597	820
Promotionen (w)	527	285	127	116	546	275	153	118	565	282	166	117
Professoren (w) (BVZÄ) (ohne Juniorprof.)	154	72	55	27	158	71	53	34	166	72	53	42
Juniorprof. (w) (BVZÄ)	22	5	12	5	24	6	13	5	31	10	15	6
5. Einnahmen aus Weiterbildung												
Einnahmen aus Weiterbildung (in T€)	3.170	1.344	603	1.223	4.006	2.031	611	1.364	4.297	2.372	615	1.310
6. Verwirklichung des Strukturplans												
6.1 Stellen laut Strukturplan												
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	4.295	1.441	1.369	1.485	4.042	1.442	1.115	1.485	3.411	1.203	1.118	1.090
nichtwissenschaftliches Personal	4.948	1.736	1.488	1.724,5	4.640	1.681	1.235	1.724,5	4.098	1.501	1.238	1.358,5
6.2 von den Stellen lt. Strukturplan strukturplanmäßig besetzte Stellen												
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	3.333	1.241	944	1.148	3.167	1.207	862	1.098	2.930	1.100	867	963
nichtwissenschaftliches Personal	4.324	1.573	1.140	1.610,5	4.306	1.556	1.135	1.615,0	3.862	1.475	1.102	1.285,0
6.3 Beschäftigte (BVZÄ)												
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	3.796	1.318	1.285	1.193	3.720	1.316	1.217	1.187	3.615	1.277	1.154	1.184
nichtwissenschaftliches Personal	5.140	1.865	1.543	1.732	5.005	1.866	1.476	1.663	4.839	1.835	1.430	1.574

1) Angaben der Hochschulen gem. Eckdatenraster Leistungsbericht und eigene Berechnungen; Rundungsdifferenzen möglich, BVZÄ = Beschäftigungsvollzeitäquivalente, RSZ = Regelstudienzeit

2) Angaben der Hochschulen für 2006 z.T. vorläufig (Schätzung / Hochrechnung)

I. Eckdaten für Leistungsbereiche der FHS ¹⁾	2004						2005						2006 ²⁾					
	gesamt	ASFH	FHW	FHTW	TFH	FHVR	gesamt	ASFH	FHW	FHTW	TFH	FHVR	gesamt	ASFH	FHW	FHTW	TFH	FHVR
1. Finanzausstattung der Hochschulen gem. Hochschulverträgen (in T€)																		
1.1 Zuschüsse³⁾																		
konsumtiver Zuschuss	123.927	9.107	17.951	37.549	52.101	7.219	129.175	10.121	19.319	38.141	54.181	7.413	133.829	10.019	21.661	38.949	56.468	6.732
investiver Zuschuss	3.550	77	1.321	1.173	939	40	3.850	77	1.621	1.173	939	40	3.613	77	1.384	1.173	939	40
2. Lehre																		
2.1 Ausbildung der Studierenden																		
Studierende insgesamt (Stand: WS)	25.677	1.310	4.907	9.251	8.892	1.317	26.194	1.486	4.970	9.398	9.086	1.254	27.047	1.613	5.090	9.407	9.430	1.507
Studierende i.d. RSZ	22.218	1.171	4.332	8.069	7.437	1.209	22.571	1.352	4.434	8.116	7.523	1.146	23.135	1.478	4.518	8.024	7.663	1.452
Studierende in Jahrgangsstärke ⁴⁾	6.603	334	1.389	2.108	2.001	772	6.481	290	1.178	2.050	2.293	671	5.716	294	1.137	2.085	1.709	491
Absolventen (Ø 2 Jahre)	4.527	231	968	1.370	1.248	710	4.854	222	1.053	1.647	1.345	587	5.073	259	1.090	1.983	1.410	331
Absolventen i.d. RSZ+2 (Ø 2 Jahre)	4.082	217	848	1.200	1.043	774	4.124	206	961	1.417	1.084	455	4.277	248	998	1.630	1.073	328
2.2 Internationalität																		
Studierende (ausl.)	2.308	43	478	723	1.019	45	2.457	50	501	766	1.090	50	2.533	59	525	790	1.107	52
Absolventen (ausl.) Ø 2 Jahre	300	10	91	77	115	7	354	11	95	110	128	10	354	6	106	108	129	6
3. Forschung																		
Drittmittelausgaben insgesamt (in T€)	6.386	247	376	1.986	3.409	368	6.919	180	322	2.348	3.706	363	9.021	446	692	3.226	4.379	278
Internationale Kooperationsprojekte	210	32	29	43	98	8	217	13	32	60	99	13	255	13	36	77	109	20
4. Gleichstellung																		
Studierende (w)	9.999	940	2.513	3.346	2.428	772	10.307	1.100	2.528	3.404	2.452	823	10.644	1.167	2.606	3.369	2.563	939
Absolventen (w) (Ø 2 Jahre)	1.909	164	516	505	385	339	2.027	167	528	688	416	228	2.166	202	576	774	424	190
Professoren (w) (BVZÄ) ⁵⁾	123	14,0	23,1	35,3	40,5	10,3	135	18,0	27,4	36,8	41,5	11,0	151	24,0	31,6	36,2	48,5	11,0
5. Einnahmen aus Weiterbildung																		
Einnahmen aus Weiterbildung (in T€)	3.845	139	1.811	473	933	489	3.879	193	1.860	467	901	458	3.231	157	1.307	437	593	737
6. Verwirklichung des Strukturplans																		
6.1 Stellen laut Strukturplan																		
wissenschaftliches Personal	858	49,5	128,5	296,0	332,0	52,0	877	52,3	135,0	296,0	341,8	52,0	892	55,0	143,7	296,0	345,0	52,0
nichtwissenschaftliches Personal	762	54,6	83,3	263,0	314,0	47,3	760	57,4	83,2	254,0	318,5	47,3	775	59,0	101,7	246,0	321,5	47,3
6.2 von den Stellen lt. Strukturplan strukturplanmäßig besetzte Stellen																		
wissenschaftliches Personal	722	33,6	96,1	259,0	284,5	49,0	724	34,5	105,6	254,0	281,0	49,0	726	36,0	113,5	246,0	283,0	47,0
nichtwissenschaftliches Personal	745	51,3	81,6	265,0	300,0	47,3	749	54,1	83,1	263,0	302,0	47,3	782	58,3	90,6	273,0	313,0	47,3
6.3 Beschäftigte (BVZÄ)																		
wissenschaftliches Personal	718	33,6	101,7	251,6	283,0	47,8	709	34,5	104,9	248,3	275,8	45,8	705	36,0	111,1	236,8	275,0	45,8
nichtwissenschaftliches Personal	736	51,2	97,9	254,7	284,0	48,6	750	54,1	106,7	251,1	288,6	49,6	784	58,3	117,1	259,3	300,7	48,2

¹⁾ Angaben der Hochschulen gem. Eckdatenraster Leistungsbericht und eigene Berechnungen; Rundungsdifferenz möglich, BVZÄ = Beschäftigungsvollzeitäquivalente, RSZ = Regelstudienzeit

²⁾ Angaben der Hochschulen für 2006 z.T. vorläufig (Schätzung/Hochrechnung)

³⁾ Zuschüsse FHVR ohne Zuschuss für FM (2005: 2.484 T€, 2006: 2.484 T€)

⁴⁾ zum Teil durch Rückrechnung ermittelt; ab 2006 Methodenänderung bei TFH (wg. Bach/Mast)

⁵⁾ Professoren (w) FHVR inkl. Kräfte auf Zeit, da nur diese Angaben vorliegen

I. Eckdaten für Leistungsbereiche der KHS ¹⁾	2004					2005					2006 ²⁾				
	gesamt	UdK	KHB	HfM	HfS	gesamt	UdK	KHB	HfM	HfS	gesamt	UdK	KHB	HfM	HfS
1. Finanzausstattung der Hochschulen gem. Hochschulverträgen (in T€)															
1.1 Zuschüsse															
konsumtiver Zuschuss	78.490	55.734	6.350	10.633	5.773	79.735	57.075	6.352	10.549	5.759	79.938	58.462	6.328	9.426	5.722
investiver Zuschuss	1.298	963	100	108	127	1.229	963	43	103	120	730	452	43	108	127
2. Lehre															
2.1 Ausbildung der Studierenden															
Studierende insgesamt (Stand: WS) ⁴⁾	5.440	3.818	674	775	173	5.299	3.793	622	708	176	5.194	3.732	585	686	191
Studierende i.d. RSZ	4.416	2.931	561	752	172	4.232	2.946	507	605	174	4.111	2.838	506	578	189
Studierende in Jahrgangsstärke ⁵⁾	1.234	795	185	211	43	1.124	785	131	164	44	1.039	683	137	172	47
Absolventen (Ø 2 Jahre)	925	653	110	128	35	915	652	111	126	26	1.019	721	111	157	31
Absolventen i.d. RSZ+2 (Ø 2 Jahre)	693	448	93	124	29	696	468	83	125	20	831	563	97	148	23
2.2 Internationalität															
Studierende (ausl.)	1.270	797	103	350	20	1.271	815	110	326	20	1.311	847	106	318	40
Absolventen (ausl.) Ø 3 Jahre	254	133	16	102	4	217	144	18	52	3	257	156	24	74	3
3. Forschung															
Drittmittelausgaben insgesamt (in T€)	4.122	3.769	220		133	2.752	2.595	100		58	2.260	1.991	152	81	37
Erasmus-, Sokrates- u. sons. Finanzmittel für intern. Zwecke (DAAD) (in T€)	430	377	40	14		718	682	31	5		551	481	28	42	
4. Gleichstellung															
Studierende (w)	3.272	2.386	428	367	91	3.210	2.418	405	299	88	2.999	2.228	378	291	102
Absolventen (w) (Ø 2 Jahre)	567	402	78	67	21	559	414	62	67	17	603	434	71	80	18
Professoren (w) (BVZÄ)	78	44	8	16	10	82	48	9	17	9	86	52	11	15	9
5. Einnahmen aus Weiterbildung															
Einnahmen aus Weiterbildung (in T€)	174	174				169	169				288	288			
6. Verwirklichung des Strukturplans															
6.1 Stellen laut Strukturplan															
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	506	316	45	103	42	503	316	43	101	42	500	316	43	99	42
nichtwissenschaftliches Personal	352	247	40	31	34	350	245	40	31	34	344	234	42	37	31
6.2 von den Stellen lt. Strukturplan strukturplanmäßig besetzte Stellen															
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	386	219	39	90	39	384	224	41	84	36	374	230	42	70	33
nichtwissenschaftliches Personal	268	171	38	29	30	297	199	37	30	31	288	198	36	26	28
6.3 Beschäftigte (BVZÄ)															
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	479	309	42	86	42	476	311	43	83	39	449	296	41	75	37
nichtwissenschaftliches Personal	339	235	40	33	31	342	235	42	32	33	344	234	41	35	33

¹⁾ Angaben der Hochschulen gem. Eckdatenraster Leistungsbericht und eigene Berechnungen; Rundungsdifferenzen möglich, BVZÄ = Beschäftigungsvollzeitäquivalente, RSZ = Regelstudienzeit

²⁾ Angaben der Hochschulen für 2006 z.T. vorläufig (Schätzung/Hochrechnung)

⁴⁾ HfM: Studierende insgesamt ab 2005 incl. JIB

⁵⁾ zum Teil durch Rückrechnung ermittelt